

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Dezember 1955

Blatt 2241

150.000 Eintrittskarten
=====

Die Wiener Theater bekamen ein neues Publikum

16. Dezember (RK) Die riesige Menge von nicht weniger als 150.000 Eintrittskarten war notwendig, um alle Ansprüche der 15.000 Wiener Jugendlichen zu befriedigen, die im Herbst das erste große Jugendabonnement der Stadt Wien gezeichnet hatten. Inzwischen läuft diese Aktion, die den Wiener Theatern ihr neues Publikum zuführen soll, auf vollen Touren. Nach den Vorstellungen im Burgtheater und im Volkstheater werden sich in der Weihnachtswoche auch die Tore der wiederaufgebauten Staatsoper für die Jugendlichen Wiens öffnen.

Unter den 15.000 Abonnenten befinden sich rund 5.000 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren. Die größte Gruppe im Jugendabonnement der Stadt Wien, das von Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr benützt werden kann, bilden aber die Berufsschüler. Aus den Wiener Berufsschulen sind die meisten Anmeldungen eingelangt; 7.000 Lehrmädchen und Lehrlinge sind so mit Hilfe der Gemeinde Wien Abonnementbesitzer geworden. An zweiter Stelle sind die gewerblichen Lehranstalten mit 4.000 und die Jugendverbände mit 3.500 Abonnenten. Der Rest wurde im freien Verkauf an jugendliche Interessenten aufgeteilt.

Das Abonnement der Stadt Wien wurde in zehn Kategorien in Preislagen von 30 bis 120 Schilling ausgeschrieben. Dafür wird in der Theatersaison 1955/56 je eine Vorstellung in der Staatsoper, im Burgtheater, in der Volksoper, im Theater in der Josefstadt, im Volkstheater, in der Exelbühne und ein Orchesterkonzert der Wiener Symphoniker im Großen Musikvereinssaal geboten. Außerdem

./.

bietet es drei ausgezeichnete Filmvorführungen und freien Besuch der Ausstellungen im Künstlerhaus und in der Secession. Sämtliche Wiener Volkshochschulen können während der Abonnementdauer bei Einzelvorträgen besucht werden. Ferner haben die Abonnenten freie Teilnahme an einem Kurs oder an der Lebensschule.

- - -

Besatzungsschäden der Gemeinden
=====

16. Dezember (RK) Vom Sekretariat des Österreichischen Städtebundes wird mitgeteilt:

Der Ministerrat hat vor kurzem den Entwurf eines Besatzungsschädengesetzes genehmigt und dem Parlament zugeleitet. Nach diesem Gesetzentwurf soll der Bund Schäden, die an Liegenschaften und Fahrnissen durch die militärische Besetzung verursacht worden sind, teilweise ersetzen. Von einer solchen Ersatzleistung aus Bundesmitteln sollen aber nach dem Gesetzentwurf Besatzungsschäden am Eigentum von Gebietskörperschaften, also auch am Eigentum der Gemeinden ausgenommen sein. Der Österreichische Städtebund hat sich gegen diese Benachteiligung der Gemeinden ausgesprochen, weil davon vor allem jene Gemeinden betroffen werden, die durch die Tatsache der militärischen Besetzung auch sonst bereits schwer getroffen worden sind. Es wäre noch zu verstehen, wenn das Besatzungsschädengesetz nur Vergütungen für Schäden an solchen Gemeindeobjekten versagen würde, die Hoheitsaufgaben dienen, wie Amtshäuser, Schulen u.a.m., wo also eine Parallele zu den Amtsobjekten des Bundes und der Länder besteht. Das Besatzungsschädengesetz trifft aber keine solche Einschränkung, sondern die Ausnahmbestimmung gegen die Gebietskörperschaften bedeutet, daß auch Schäden an Wirtschaftsobjekten der Gemeinden wie etwa Gastwirtschaften, landwirtschaftlichen Betrieben, Heil- und Kuranstalten, aber auch an Wohnhäusern, aus Bundesmitteln nicht vergütet werden sollen, wenn sie Eigentum einer Gemeinde sind, während im Privatbesitz befindliche Objekte dieser Art den Vorteil eines Besatzungsschädengesetzes genießen werden. Gegen dieses Unrecht hat der Österreichische Städtebund Einspruch erhoben.

An einer Gleichstellung der Wirtschaftsobjekte der Gemeinden

mit jenen der Privatwirtschaft sind vor allem jene Mieter besonders interessiert, die seinerzeit von einem Besatzungselement aus ihren Gemeindewohnungen vertrieben wurden und die jetzt nicht in ihre Wohnungen zurückkehren können, weil sie von den Besatzungstruppen in einem beschädigten und unbenutzbaren Zustand zurückgelassen worden sind. Es handelt sich dabei um hunderte Gemeindewohnungen, insbesondere in den Städten, deren Wiederinstandsetzung große Beträge erfordert. Die betreffenden Gemeinden sind finanziell nicht in der Lage, diese in manchen Fällen in die Millionen gehenden Beträge in absehbarer Zeit aufzubringen. Die Mieter müssen also weiterhin in ihren Notquartieren verbleiben, wenn bei den Verhandlungen des Besatzungsschädengesetzes im Parlament nicht erreicht wird, daß wenigstens Besatzungsschäden an solchen, wirtschaftlichen Zwecken dienenden Gemeindeobjekten in die Vergütungsaktion aus Bundesmitteln einbezogen werden.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 19. bis 25. Dezember
=====

16. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 19. Dez.	Gr.K.H.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 7. Aufführung des Tanzspiels "Die Geschichte von der harten Nuß" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Konzert des klassischen Gulda-Orche- sters der Wr. Symphoniker
	Mozartsaal (KH) 19.30	Liederabend Ellie Mao (Scarlatti, Mozart, Schubert, Debussy, Faure, chinesische Volkslieder)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Opernfragmente
Dienstag 20. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Liederabend George London (verschoben vom 1. Dez.)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: "Kinder gedenken Mozarts" (Klasse Stefanie Riegler)

16. Dezember 1955

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2244

Mittwoch 21. Dez.	Kammersaal (MV) 19.30	Konzert des Richard Wagner-Verbandes
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klavierabend Ferdinand Stichelberger (Mozart, Beethoven, Brahms, Chopin, Debussy, Bartok)
Sonntag 25. Dez.	Gr.M.V. Saal 19.30	Wiener Symphoniker: 2. Abonnementkonzert "Symphonische Meisterwerke"; Dirigent Kurt Wöss (Beethoven, 3. und 6. Symphonie)

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Montag, den 19. Dezember, um 14 Uhr, wird Vizebürgermeister Honay im städtischen Kindergarten im Stadtpark an eine Gruppe von Wiener Mädchen Puppen verteilen. Es handelt sich um die alljährlich durchgeführte "Puppenadoption".

Sie sind herzlichst eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Die Beratungen über den Voranschlag 1956 der Bundeshauptstadt
=====Fortsetzung der Debatte über das Kapitel Personal

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat trat heute um 9 Uhr früh unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas zur Fortsetzung der Beratungen über das Hauptstück I, Personalwesen, zusammen.

GR. Wohlmuth (ÖVP) führte einleitend aus, daß die Gemeindebediensteten in den vergangenen Jahren, nicht selten unter sehr harten Bedingungen, ein hohes Maß von Pflichtbewußtsein an den Tag legten. Trotz der unbestreitbaren Erfolge, die auf dem Gebiet des Personalwesens erzielt wurden, haben sich doch Benachteiligungen ergeben, wie zum Beispiel bei den Bediensteten der Verkehrsbetriebe. Er sprach über die große Verantwortung dieser Berufsgruppe und bezeichnet das Durchschnittsgehalt eines Straßenbahners von 1.300 Schilling als ungenügend. Er verweist auf die Besserstellung der Eisenbahner und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Gehaltsgesetz den Wünschen dieser Bedienstetenkategorie besser Rechnung tragen wird als bisher. Er spricht sich auch für die Forderung nach einem Stellenplan aus. Die jetzige Stellensystemisierung bei der Stadtverwaltung bezeichnet er als eine Geheimwissenschaft und meint, daß es im Verlauf der letzten zehn Jahre doch gelingen hätte müssen, in dieser Angelegenheit Ordnung zu schaffen. Gegenwärtig sei es nicht einmal den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten erlaubt, in den Stellenplan der Gemeinde Wien Einsicht zu nehmen. Er spricht sich für eine weitere Forderung der Gemeindebediensteten aus, nämlich für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung. Dies würde seiner Meinung nach zur Steigerung der Arbeitsfreudigkeit beitragen. Als weitere Härten bezeichnet er die Bestimmung über den Invalidenzuschuß für die Teilnehmer am ersten Weltkrieg und die Verzinsung der Gehaltsvorschüsse. Die Gemeinde mache mit der Verzinsung der Gehaltsvorschüsse ein gutes Geschäft. Diese Praxis stellt eine Härte dar, die zum Beispiel in der Privatwirtschaft nicht vorkomme. (Zustimmung bei der ÖVP.)

./.

Er beschäftigt sich dann mit der Bestellung der Leiterposten bei der Gemeinde Wien und erklärt, in dieser Hinsicht dürfe nur die Fähigkeit der Beamten entscheidend sein. Es werde aber immer noch nach anderen Gesichtspunkten vorgegangen, nämlich nach der politischen Einstellung. Die Verpolitisierung der Verwaltung durch die unobjektive Art der Postenbesetzung werde in der Öffentlichkeit stark kritisiert. Er verlangt die Abschaffung dieser Praxis im Interesse des gesamten Verwaltungsapparates. Der Beamte müsse als Hüter der Gesetze frei von politischen Einflüssen seinen Dienst ausüben. Nur die fachlichen Fähigkeiten, nicht aber die politische Zugehörigkeit, dürfen maßgebend sein. Die politische Zugehörigkeit spiele aber immer noch eine Rolle, was nicht im Sinne einer demokratischen und gesunden Verwaltung sei. Er spricht sich auch gegen die Pensionierungen von Bediensteten knapp vor Erreichung einer höheren Gehaltsstufe aus und bezeichnet diesen Vorgang als eine große soziale Härte, die nicht den Eindruck erwecken kann, daß die Stadtverwaltung die Verdienste der Gemeindebediensteten entsprechend würdigt.

Abschließend bemängelt er die schlechte Beschaffenheit einzelner Amtsräume und verlangt Verbesserung und Modernisierung. Er gibt zu, daß in dieser Hinsicht in letzter Zeit manches Anerkennenswertes getan wurde. Ordentliche, moderne und hygienisch einwandfreie Räume heben schließlich auch die Arbeitskraft. Er dankt den Gemeindebediensteten für ihre aufopfernde Leistungen. Seine Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe I die Zustimmung geben.

GR. Lauscher (VO) nimmt zum Straßenbahnerstreik Stellung und stellt an Stadtrat Dr. Migsch die Frage, wer die von ihm auf der Wiener Konferenz genannten drei betriebsfremden Personen sind, die in Straßenbahneruniform am Streik teilgenommen haben. Sollte der Stadtrat die Namen nicht bekanntgeben können, dann müßte seine Fraktion diese Angaben als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnen und den Stadtrat der Lüge zeihen.

GR. Opravil (SPÖ) hält einleitend einen Rückblick auf die schwere Arbeit der Jahre nach 1945 nicht nur für die ganze Stadt und das ganze Land, sondern auch für die Bediensteten der Stadt Wien.

Das Personal der Gemeinde Wien hat unter Hintansetzung aller persönlichen Bequemlichkeit gearbeitet, um das große Werk, auf das Wien stolz sein kann, zu vollenden. (Beifall bei der SPÖ.) Die Stadtverwaltung, die auch vor der Aufgabe der Schaffung eines neuen Dienstrechtes stand, hat diese Aufgabe derart gelöst, daß sich das Dienstrecht würdig in das Aufbauwerk der Stadt einfügt. Die Schaffung dieses guten Besoldungsrechtes konnte durchgeführt werden, ohne gewerkschaftliche Mittel anzuwenden. Das beweist, daß der Dienstgeber absolut Verständnis und soziales Empfinden hat. Gerade in diesen Tagen muß daran erinnert werden, welches Dienstrecht hier geschaffen wurde und wie wichtig es für die Angestellten ist, daß das Einvernehmen zwischen Dienstgeber und den Vertretern der Arbeiter und Angestellten ein gutes ist. Selbstverständlich ist, daß es da und dort manchmal Mängel gibt. Über den Weg des Nachziehverfahrens und der Entnivellierung und schließlich durch die Zwischenlösungen wurde aber eine Besserstellung der Angestellten der Gemeinde Wien erreicht. Die Zwischenlösung, die im Juni dieses Jahres erfolgte, brachte eine Erhöhung der Bezüge um 14.50 Prozent. Auch die Forderung nach einem 14. Monatsgehalt ist teilweise schon in der erfolgten Zwischenlösung erfüllt, denn das halbe Monatsgehalt hätte 2.6 Prozent bedeutet, die Zwischenlösung im Juni brachte aber eine Erhöhung um 3.8 Prozent. Außerdem hat sich die Gemeinde Wien sofort bereit erklärt, die Forderung nach der Auszahlung eines Viertelmonatsbezuges zu erfüllen. Der Unterschied in vielen Gruppen der Gemeindeangestellten mit den gleichen Gruppen der Privatangestellten ist keineswegs mehr groß. Es gibt in der Privatwirtschaft viele Facharbeiter, die Nettowochenlöhne von rund 285 Schilling haben. Die Zahl jener, die Gesuche um Aufnahme in den Gemeindedienst machen, ist auch heute noch sehr hoch. Zu den Ausführungen des GR. Dr. Soswinski gibt der Redner die Erklärung ab, daß es unter den Sozialisten niemanden gibt, der das Recht auf die Koalitionsfreiheit und das Recht des Streikes irgendeiner Schichte der Arbeiter- oder Beamtenschaft absprechen würde. (Beifall bei der SPÖ.) Beim Straßenbahnerstreik war jedoch das Befremdliche, daß trotz der Verhandlungsbereitschaft der in Frage kommenden Stellen, trotz der Mahnungen des Gewerkschaftsbundes, trotz der Zuerkennung der 25 Prozent ein Streik

geführt wurde, der von der Gewerkschaft abgelehnt wurde und der sich in seinen Auswirkungen gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet hat. (Beifall bei der SPÖ.) Die vergangenen Jahre haben den Beweis erbracht, daß man mit der Verwaltung am Verhandlungsweg vieles, ja alles erreichen kann. Sicher wäre es auch in dieser schwierigen Situation bei einigem guten Willen und Verständnis möglich gewesen, den Streik zu verhindern. Man müsse hier zu dem Schluß kommen, daß die Volksoption auf diesem Wege schüren wollte. Der Redner fordert die Vertreter der VO auf, einmal das Dienstrecht der Prager oder Budapester Straßenbahner vorzulegen. Sicher wird die Stadt Wien einen solchen Vergleich aushalten können. GR. Opravil richtet die Mahnung und Aufforderung an alle, die guten Willens sind, mitzuhelfen, daß das Aufbauwerk auch im zweiten Dezennium weitergehen kann. In unserer Hand liegt es, daß die Stadt weiter aufblüht und wieder zu einer Stadt der Kultur und zu einer Stätte des sozialen Empfindens wird. Im ersten Jahrzehnt nach der Befreiung haben wir es durch gemeinsame Arbeit geschafft. Bleiben wir treu dem Grundsatz den wir zehn Jahre hochgehalten haben, das Beste für unsere Stadt zu tun. Man kann ohne Überhebung sagen, daß die städtischen Angestellten immer das Ihre getan haben und zusammengestanden sind. Die Schwierigkeiten, die da und dort aufscheinen, werden auch in Zukunft gemeistert werden. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Maller (VO) stellt fest, daß die Erklärung des GR. Opravil betreffend das Streikrecht im krassen Widerspruch zu den Ausführungen des Stadtrates Dr. Migsch stünde. Er stellt die Frage, wann denn eine Arbeitergruppe streiken soll, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erreichen? Sicherlich nicht zwischen 12 Uhr nachts und 6 Uhr früh, sondern in der Zeit, in der der Streik am wirkungsvollsten ist. Er bezeichnet es als bedauerlich, daß es den Straßenbahnern nicht gelungen ist, ihre Gewerkschaft von der Notwendigkeit des Streikes zu überzeugen und die berechtigten Forderungen der Straßenbahner zu unterstützen. Er hoffe, - da sich die Lage immer mehr zuspitze, - daß die Gemeinde Wien als Unternehmer zur Besinnung kommt und die berechtigten Forderungen der Straßenbahner erfüllt.

Stadtrat Dr. Migsch stellt in seinem Schlußwort zur Forderung des GR. Wohlmuth auf Erhöhung der Kriegsbeschädigtenzulage ./.

fest, daß diese Zulage einheitlich für ganz Österreich vom Bund festgesetzt wurde. Solange der Bund keine Änderung beschließt, müsse man bei den derzeitigen Sätzen bleiben. Zur Höhe der Verzinsung der Vorschüsse der Gemeindegänge stellen ist zu sagen, daß zum Beispiel bei Trauerfällen usw. unverzinsliche Vorschüsse gegeben werden. Die Höhe der übrigen an die Angestellten gewährten Vorschüsse sei beträchtlich. Die Gemeinde Wien gebe sie schon aus dem Grund, um ihre Angestellten vor Wucherzinsen gewisser Kreditvereine zu schützen.

Die Rede von Dr. Soswinski bezeichnete der Referent als ein Mosaik von Irrtümern. Dr. Migsch stellt dagegen richtig, daß die Mehrheit in den Bahnhöfen Simmering und Hernalds gegen den Streik war. Die Gewerkschaft habe auch niemals eine Forderung nach dem 14. Monatsgehalt erhoben. Diese Idee wurde auch nur innerhalb der Gewerkschaft diskutiert. Was die Kurzschaffnerinnen anbelangt, so ist dieser Beruf derzeit der begehrteste Frauenberuf, weil es viele Hausfrauen gibt, die ein zusätzliches Einkommen wollen, aber nicht 48 Stunden arbeiten können. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den Wiener Spitälern beträgt 52 Stunden, in allen übrigen Spitälern Österreichs jedoch 54 Stunden. Was die rechtliche Stellung der Kindergärtnerinnen anbelangt, so habe er, sagte der Referent mit dem Unterrichtsminister verhandelt, der ihm auch die Zusage gemacht hat, daß er die Wünsche der Kindergärtnerinnen berücksichtigen wird. Die Krankenpflegerinnen haben im Durchschnitt nicht 40 Betten zu betreuen, sondern es kommen auf eine Pflegerin in den internen Abteilungen 5 Betten, in den chirurgischen Abteilungen 4 Betten und in den Altersheimen 10 Betten. Dr. Migsch stellt auch fest, daß sich Vizebürgermeister Speiser niemals für die Zusammenlegung der Schemata ausgesprochen habe. Schließlich korrigiert der Referent noch, daß der 14. Monatsbezug erstmalig im Dezember 1929 ausbezahlt wurde. Die Einstellung erfolgte im Jahre 1931, weil der Bund damals im Wege der Abgabenabteilung der Gemeinde Wien die Mittel entzogen hat.

Der Referent beschäftigte sich dann mit den Gehaltsverhandlungen.

Hier wurde es so dargestellt, als ob die Gemeinde Wien und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einer Mahnung bedurft hätten, die Probleme zu lösen. Dr. Migsch stellt fest, daß bereits neun Monate vor dem Streik die Gewerkschaften zusammengekommen sind, um ihre grundsätzliche Haltung zu beschließen. Es wurden folgende Punkte aufgestellt: Valorisierung des Gehaltsgesetzes, Gehaltsschema, das den Erfordernissen der Familienpolitik angepaßt ist und schließlich die Hebung der Facharbeiter. Nun bestehen zwischen den einzelnen Gruppen seit altersher gewohnte Beziehungsverhältnisse. So standen die Straßenbahner immer in einer gewissen Relation zu den Facharbeitern. Es war ganz klar, wenn der Facharbeiter "gehoben" wird, daß dann automatisch der Straßenbahner "mitgehoben" werden sollte.

Die Gewerkschaft war nun zunächst der Meinung, daß die Hebung der Facharbeiter durch Zusammenlegung der Schemata möglich wäre. Wir haben aber hier gesehen, daß zwischen der Besoldung des Beamten und des Arbeiters große Unterschiede liegen, die aus dem soziologischen Charakter der Gruppen hervorgehen. Der Beamte gewinnt durch seine Erfahrung im Laufe der Dienstzeit, daher steht dem niedrigen Anfangsgehalt ein hohes Endgehalt gegenüber. Der Arbeiter kommt wenige Jahre nach Vollendung der Lehre in die Vollkraft seiner Schaffensmöglichkeit. Ihm muß man daher höhere Anfangslöhne geben. Wir haben daher der Gewerkschaft vorgeschlagen, beim gleichen Lebensverdienst die Schemata so zu gestalten, wie es der Natur der Sache entspricht, also bei den Arbeitern die unteren Gehaltssätze zu heben und die oberen zu senken.

Der Referent gab in diesem Zusammenhang einen Überblick über die künftigen Gehälter der Straßenbahner. Sie fangen mit 1.270 S an und hören mit 2.018 S auf. Der Straßenbahner im Fahrbetrieb bekommt außerdem vom 20. Dienstjahr an (bisher vom 24. Jahr) auf alle Fälle (bisher nur ein Prozentsatz der Bediensteten) eine in die Pension anrechenbare Fahrdienstzulage. Sie beträgt monatlich 60 bis 100 S. Der Straßenbahner geht also mit 2.118 S in Pension. Er bekommt, wenn er heute in den Dienst tritt, mehr als der Durchschnitt der Facharbeiter in Wien. Nach zehn Dienstjahren macht er "den großen Sprung" von 1.440 auf

1.610 Schilling.

Daneben gibt es aber noch andere Nebenbezüge: Erstens, den Ersatz für effektive Aufwendungen, zweitens die Prämierung von Leistungen und Erschwernissen im Rahmen der normalen Dienstzeit (im Durchschnitt erhalten 97 Prozent aller Bediensteten eine solche Zulage) und drittens gibt es noch Zulagen für Mehrdienstleistungen, die besonders bei den Straßenbahnern sehr hoch sind.

Auch wenn jetzt manche sagen, das ist im Verhältnis zu uns zu viel, so müsse man darauf verweisen, daß der Dienst am Straßenbahnwagen sehr schwer ist. Der junge Straßenbahner hat zum Beispiel, 10, 15 oder 20 Jahre seines Lebens nur einen Wochentag frei, fast niemals einen Sonntag oder Feiertag. Er hat oft nicht die Möglichkeit mit Frau und Kindern zusammen auf Urlaub zu gehen.

Abschließend dazu meinte Stadtrat Dr. Migsch, das Gehaltsgesetz ist klug, gerecht und weise und entspricht allen wohl gewogenen Erfordernissen. Es wird gegenwärtig sogar bei der Bundesverwaltung geprüft, ob nicht der Bund unser System übernehmen soll. In diesem Zusammenhang also zu behaupten, daß die Gemeinde unsozial sei, ist eine lügnerische Verleugnung (Beifall bei der SPÖ). Und zu behaupten, daß die Gewerkschaft die Interessen der Bediensteten lax vertritt, ist eine Gemeinheit! (Beifall bei der SPÖ.)

In Wirklichkeit ist das, was sich hier vollzieht, der vernünftige Ausgleich der Interessen der Bevölkerung mit den Interessen der Bediensteten. Ich habe die Überzeugung, betont der Referent, daß jeder totalitäre Sieg falsch und unrichtig ist. Die richtige Lösung liegt immer in der Mitte. Das Ergebnis der Verhandlungen beweist, daß die Gemeinde Wien die Ideen Viktor Adlers in die Wirklichkeit umsetzt.

Dr. Migsch kommt dann auf den Streik der Straßenbahner zu sprechen. Er fragt die Gemeinderäte der Volksopposition, was der kommunistische Bezirksrat Bauer am 2. Dezember früh mit 30 kommunistischen Parteigängern am Bahnhof Hernalds zu tun hatte. Wie kam er dazu, einen Waggon zu besetzen und den Schaffner zu bespucken, der ausfahren wollte. (Stürmische Gegenrufe bei der VO.) Bauer ist hingegangen, um die Straßenbahner mit Gewalt am Ausfahren zu hindern.

Gegenwärtig ergibt sich auf den Straßenbahnhöfen folgende Lage: Bis zur Stunde haben sechs Bahnhöfe mit überwältigender Mehrheit beschlossen, von einem Streik abzusehen. Viel zu dem wilden Streik hat ja die Tatsache beigetragen, daß der einzelne Straßenbahner über die Vorgänge bei den Verhandlungen nicht im Bild war. Als die Leute jetzt das Bemühen ihrer Gewerkschaft und das Bestreben ihrer Gemeindeverwaltung gesehen haben, da haben sie sich vollkommen zufrieden gefühlt. Auf fünf Bahnhöfen haben allerdings kleine Minderheiten - die Mehrheit hat sich an den Abstimmungen gar nicht mehr beteiligt - beschlossen, am Sonntag zu streiken. Der Großteil der Mitglieder des sogenannten Streikkomitees wird jetzt ersetzt von den Leuten, die schon am 2. Dezember im Hintergrund standen. Am Bahnhof Rudolfsheim zum Beispiel, ist es der Kommunist Eder. Genau die gleiche Erscheinung können wir auf den anderen Bahnhöfen feststellen. GR. Lauscher weiß genau, was die KP-Leitung Floridsdorf beschlossen hat. Sie stellt für Sonntag Stoßtrupps aus ihren Anhängern des ehemaligen USIA-Betriebes zusammen. (GR. Lauscher: Die Märchentante Migsch.) Einer ihrer Redner, fährt der Referent zu der VO gewendet fort, hat am Bahnhof Floridsdorf erklärt: "Haltet nur 48 Stunden durch, dann kommt es zum Generalstreik!" Die Kommunistische Partei wird jedoch niemals die Straßenbahnhöfe zum Exerzierplatz ihrer Strategie machen. Ich appelliere an die Straßenbahner und an die Bevölkerung, denn heute sieht jeder klar und deutlich, was hier dahinter steckt! (Beifall bei der SPÖ.) Abschließend ersuchte der Referent die Anträge der VO abzulehnen.

Der Vorsitzende GR. Marek teilt mit, daß sich GR. Lauscher (VO) zu einer Berichtigung zu Wort gemeldet hat.

GR. Lauscher (VO) erklärt, daß Bezirksrat Bauer am 2. Dezember tatsächlich im Bahnhof Hernals anwesend war, mit GR. Bock gesprochen habe, aber niemanden bespuckt oder an der Ausfahrt behinderte. GR. Lauscher behält es sich vor, gegen Stadtrat Migsch gerichtlich vorzugehen.

Hierauf meldet sich GR. Bock (SPÖ) ebenfalls zur persönlichen Berichtigung zu Wort und stellt fest, daß er mit Bezirksrat Bauer im Bahnhof gesprochen habe.

Bezirksrat Bauer habe ihn dort zugerufen: "Na, wie haben wir es geschupft?"

Nach diesen Erklärungen wurden bei einer Abstimmung die Resolutionsanträge des GR.Dr. Soswinski gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Ansätze des Kapitels I, Personal, wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

-- -- --

Infektionskrankheiten im November

=====

16. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten im Monat November. Demnach gab es im Monatsmonat acht Diphtherieerkrankungen (im Vormonat 11). Die Zahl der Scharlachfälle ist gegenüber dem Vormonat von 265 Erkrankungen auf 238 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Typhusfälle von 16 auf vier zurückgegangen. 13 Dysenterieerkrankungen (Vormonat sieben) werden gemeldet. Die Zahl der Keuchhustenfälle ist von 75 auf 65 zurückgegangen. Im Monat November gab es 17 Erkrankungen an Kinderlähmung, zwei mit tödlichem Ausgang. Im Oktober gab es 37 Erkrankungen und sieben Todesfälle.

Bei einer Gesamtzahl von 12.648 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.005 (Vormonat 2.096). Im Monatsmonat wurden in den Tbc-Fürsorgestellen insgesamt 7.994 Röntgendurchleuchtungen und 361 Röntgenaufnahmen gemacht. Tuberkuloseschutzimpfungen wurden 1.687 durchgeführt.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.208. Von 631 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 22, von 126 untersuchten Geheimprostituierten 25 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 210 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet (Vormonat 201).

Im Monatsmonat wurden in den sechs Gesundenuntersuchungs-

stellen des Krebsreferates insgesamt 600 Personen, darunter 457 Frauen, untersucht. Es wurden hierbei 31 karzinomverdächtige Befunde erhoben. 357 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen, davon 71 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 153 Sportler untersucht.

- - -

Die Ansätze des Kapitels für Kultur und Volksbildung
=====

16. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Mandl (SPÖ) leitete mit einem ausführlichen Referat die Beratungen der Ansätze seiner Verwaltungsgruppe ein.

Er stellte vorerst fest, daß der Gesundungsprozeß unserer kulturellen Einrichtungen auch im heurigen Jahr fortgesetzt werden konnte. Die Besucherzahl aller künstlerischen Veranstaltungen ist weiterhin gestiegen. Nach einer Ermittlung des Statistischen Amtes der Stadt Wien war die Zahl der Besucher von Theatern und Konzerten im Jahre 1954 schon um eine halbe Million höher als die aller Sportveranstaltungen in Wien im gleichen Zeitraum. Der Kunst gelang es also zum ersten Mal, den Sport knapp zu überflügeln. Man muß anerkennend feststellen, daß die vermehrten Anstrengungen der Kulturinstitute und die Qualität des Gebotenen viel zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen haben. Es wird damit eindeutig der alte Erfahrungssatz bestätigt, daß Gutes immer sein Publikum findet. Die Gemeinde Wien war auch im abgelaufenen Jahr bestrebt, allen Einrichtungen unseres kulturellen Lebens zu helfen, materiell ebenso, wie ideell.

Ein entscheidender Beitrag wurde geleistet, als es gelang, durch die Regelung auf dem Gebiete der Vergnügungssteuer einem alten Wunsch unserer Kulturorganisationen zu entsprechen. Im abgelaufenen Jahre konnten zum ersten Mal jene Vergnügungssteuerbeträge, die von kulturell wertvollen Veranstaltungen eingehoben worden waren, als Subventionen an die Veranstalter zurückgegeben und darüber hinaus wertvolle Planungen unterstützt werden. Rund 2,3 Millionen Schilling flossen unter diesem Titel an unsere Kulturinstitute, an Kulturvereinigungen usw. Die Sprechbühnen zum Beispiel erhielten 539.000 Schilling, die Musikvereinigungen 500.000 Schilling und so weiter.

Die Stadt Wien hat mit dieser großzügigen Regelung, erklärte Stadtrat Mandl, einen sehr entscheidenden Schritt getan, die Situation unserer Kulturinstitute zu erleichtern. Es wäre nun an der Zeit, daß der Finanzminister sein angeblich gemachtes

Versprechen erfüllt, auf die Umsatzsteuer zu verzichten, wenn die Stadt Wien das gleiche bei der Vergnügungssteuer täte. Diese Forderung scheint dem Referenten mindestens ebenso berechtigt, wie die nach Erlassung der Vergnügungssteuer und gibt der Meinung Ausdruck, daß Mozart, Beethoven und Schubert das Anhören ihrer Musik lieber als ein Vergnügen bezeichnet hätten, wie als Verkauf einer Ware.

Stadtrat Mandl beschäftigte sich in seinen weiteren Ausführungen mit verschiedenen Einrichtungen, die von der Gemeinde Wien für die Jugend errichtet wurden. Zu den Jugendkonzerten wurden in dieser Saison nicht weniger als 93.000 Schüler eingeladen. Das Schülerabonnement hat in diesem Jahr schon 3.600 Kinder umfaßt, die Schulgalerien haben Kontakte mit der bildenden Kunst aufgenommen und jeder der städtischen Büchereien wurde eine eigene Kinderbücherei angeschlossen. Wir geben jährlich hunderttausende Schillinge aus, um schon in unserer Jugend das Samenkorn späteren Kulturbedürfnisses zu legen. Er glaube, daß diesen Leistungen von jedermann Anerkennung gezollt werden müsse, denn hier wurde ein Jugenderziehungswerk geschaffen, wie es in diesem Umfang in keiner Stadt Europas existiert.

Dank der großzügigen Unterstützung des Finanzreferenten wurde mit einer Million Schilling heuer zum ersten Mal das große Jugendabonnement der Stadt Wien geschaffen. Ursprünglich war es für 10.000 Abonnenten gedacht, binnen drei Wochen haben sich aber mehr als 19.500 Jugendliche angemeldet. (Beifall bei der SPÖ.) Man mußte die Anmeldungen abstoppen, die Höchstzahl der Abonnements mit 15.000 fixieren, da der bestehende Organisationsapparat des Theaters der Jugend bis zur äußersten Anspannung ausgelastet war. Stadtrat Mandl gab der Freude darüber Ausdruck, daß mit diesem stark verbilligten Abonnementsystem der Jugend Wiens die Tore zu den Quellen der Kunst in den Theatern, Konzertsälen, Ausstellungen usw. aufgestoßen werden konnten und beglückwünschte unsere Jugendlichen zu dieser prächtigen Haltung. Er benützte diese Gelegenheit, um allen Mitarbeitern im Organisationsapparat des Jugendabonnements zu danken. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Unsere Arbeit, fuhr Stadtrat Mandl fort, steht nach wie vor im Dienst eines großen volksbildnerischen Programmes, dessen Ziel es ist, dem Wirken unserer Wissenschaftler und Künstler die notwendige Basis zu sichern, die in der modernen Gesellschaft nun einmal unabdingbar nötig ist. ./.

Die speziellen Förderungsmaßnahmen erfordern beträchtliche Summen, die aber gerne gegeben werden, weil sie, auf lange Sicht gesehen, gut angelegt sind und einmal reichlich Zinsen tragen werden. Als ein Beispiel dafür führte er die auch heuer veranstaltete Verkaufsausstellung unserer bildenden Künstler "Das gute Bild für jeden", in der bis zum heutigen Tage 241 Bilder um mehr als 69.000 Schilling gekauft wurden, also schon bedeutend mehr als im vorigen Jahr.

Zum Kapitel Volksbildung stellte er fest, daß auch das Bildungsbüdefnis der Menschen im merkbaren Ansteigen begriffen ist und besonders dort lebendig wird, wo man versucht, mit neuen Methoden und modernen Arbeitsweisen an die Menschen heranzukommen. Er habe daher beantragt, neben der von der Gemeinde Wien jährlich gegebenen Subvention von 1,3 Millionen Schilling noch eine namhafte Sonderzuwendung zu gewähren, die Experimenten auf methodischem Gebiete dienen soll. Im Mai dieses Jahres wurde das Volksheim in der Per Albin Hansson-Siedlung eröffnet, das sich als ausgezeichnete Versuch nachbarschaftlicher Bildungs- und Gemeinschaftsarbeit erweist und in kurzer Zeit schon von 20.000 Menschen besucht wurde. Stadtrat Mandl kündigte an, daß auch in anderen entlegeneren Siedlungsgebieten der Stadt solche Bildungszentren geschaffen werden.

Zum Fremdenverkehr führte Stadtrat Mandl einleitend aus, daß die kommenden Wiener Festwochen im Zeichen Mozarts stehen werden. Die Gemeinde Wien ist eben dabei ein Jugendorchester zusammenzustellen, dem Jugendliche aus vielen europäischen Städten angehören werden. Erstmals im Budget ist auch der namhafte Betrag von 3,5 Millionen Schilling zur Förderung des Wiener Fremdenverkehrs enthalten. Seit der Einstellung der Kontrollen an den Demarkationslinien verzeichnen wir ein sprunghaftes Ansteigen des Besuches ausländischer Gäste in Wien. Die Zahl der fremden Besucher betrug in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 481.390, während wir im gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 377.568 zählen konnten. Die Zahl der Nächtigungen betrug in den ersten zehn Monaten des Jahres 1954 1.094.000, in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 1.399.800. Wir liegen in der Personenzahl beträchtlich selbst über der Ziffer des Jahres 1937. Stadtrat Mandl erklärte, daß wir uns sehr bemühen müssen, dem Gast das Leben in unserer Stadt angenehm zu gestalten. Das gilt für die unmittelbar mit dem Fremdenverkehr befaßten Kreise

der Hotellerie und des Gastgewerbes, aber auch für alle anderen, die mit den Fremden in Kontakt kommen. Unsere Hotellerie, die Jahre hindurch vom wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes ausgeschlossen war, hat nun das Recht, Mittel aus ERP-Geldern auch für sich, für die Renovierung ihrer Betriebe zu fordern. Er stellte fest, daß bisher 464 Millionen Schilling an ERP-Krediten für den österreichischen Fremdenverkehr ausgegeben wurden, wovon aber nur rund 29,3 Millionen Schilling, also etwa 6 Prozent, auf Wien entfielen. Er fordert daher abermals: Man gebe der Wiener Hotellerie den gerechten Anteil an den Counterpart-Mitteln, der ihr bisher aus verschiedenen Gründen nicht gegeben werden konnte. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Es gibt jetzt keine Gründe mehr, erklärte Stadtrat Mandl, diese Mittel zu verweigern. Wenn von den in diesem Jahre ausgeschütteten 40 Millionen Schilling ERP-Kredite, 32 Millionen fast wieder zur Gänze nur nach dem Westen vergeben wurden, so muß man dies als einen unfreundlichen Akt gegenüber der Bundeshauptstadt ansehen.

Stadtrat Mandl beschäftigte sich im weiteren mit dem künstlerischen Geschehen in Wien während der Sommermonate. Es wurden Verhandlungen mit den zuständigen Stellen aufgenommen, um für die Sommersaison ein vielfältigeres Programm zu sichern. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen des Fremdenverkehrs gab er bekannt, daß die Gemeinde Wien schon im kommenden Jahr mit dem Neubau eines zweiten Jugendgästehauses beginnen werde. Es wird im Park des ehemaligen Arenberg-Schlössels im 15. Bezirk, Schloßbergstraße, errichtet werden. Im kommenden Jahr soll Wien auch den ersten Campingplatz erhalten, und zwar auf einem geeigneten Gelände in der Hüttelbergstraße, gegenüber dem Gasthaus "Zum sanften Heinrich". 500.000 Schilling sind als erste Baurate vorgesehen.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien sind heute einer der wesentlichsten Faktoren in den Bestrebungen des Kulturamtes. Sie haben heuer zum ersten Mal mit schönem Erfolg an den Ausseer Jugendfestspielen teilgenommen und werden sich im Mozartjahr mit einer Reihe von Veranstaltungen einschalten.

Die Modeschule der Stadt Wien hat durch das auf eigenem Wunsch erfolgte Ausscheiden von Prof. Kunz, der für eine größere Aufgabe berufen wurde, einen großen Verlust erlitten. Unter dem Beifall des Gemeinderates dankt Stadtrat Mandl Prof. Kunz für seine

hervorragende Tätigkeit und wünscht ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg. Dieselben Wünsche gelten auch dem neuen Leiter der Moderschule Prof. Liewehr.

Auch die Städtischen Büchereien haben ihre erfolgreiche Arbeit fortgesetzt und erfreuen sich einer ausgezeichneten Beschaffenheit. Es wurden allen Zentralstellen eigene Kinderbüchereien angeschlossen, die stark frequentiert sind. Damit und auch mit der nun zum zweiten Mal erfolgten Verleihung des Jugendbuchpreises wird viel im Kampf gegen Schmutz- und Schundliteratur getan.

Die Landesbildstelle erfährt im kommenden Jahr durch das Ausscheiden Niederösterreichs eine neue Gliederung. Diese Entwicklung ist zu bedauern, trotzdem für Wien daraus kein Schaden erwächst, sondern Wien nun endlich den gerechten Anteil an den Filmbeiträgen erhalten wird auf den es bisher zugunsten Niederösterreichs verzichtet hat.

Auch auf dem Gebiete der Denkmalfürsorge wurde viel geleistet. Das Tegetthoff-Denkmal wurde renoviert, die Mariensäule in Hietzing am Platz und auf dem Jodok Fink-Platz gründlich gereinigt und konserviert. Der einzige Biedermeier-Friedhof, der St. Marxer Friedhof, wurde gründlich überholt. Während der Festwochen wurden erstmalig auch die Pestsäule auf dem Graben, die Spinnerin am Kreuz und das Haydn-Denkmal beleuchtet. Die Stadt Wien trug auch zur Installation der Beleuchtungsanlagen an der Hofburg und der Staatsoper bei. Im kommenden Jahr sollen noch weitere Bauwerke, wenn sich damit gute Effekte erzielen lassen, beleuchtet werden, so u.a. das Mozart-Denkmal, das Grillparzer-Denkmal, die Kirche am Hof, das Gebäude der Feuerwehr Am Hof, weitere Teile des Parlaments, eventuell der Messepalast und der Heiligenkreuzer-Hof.

Die Stadtbibliothek feiert im kommenden Jahr ihr 100jähriges Bestandsjubiläum und wird aus diesem Anlaß eine repräsentative Ausstellung veranstalten und ihr erstes selbständiges Jahrbuch in der wissenschaftlichen Reihe "Wiener Schriften" erscheinen lassen. Das Depot soll weiter neuzeitlich ausgestaltet werden.

Der Neubau des Museums der Stadt Wien macht nach Beseitigung anfänglicher Schwierigkeiten gute Fortschritte. Die Dachgleiche ist bereits errichtet. Das Archiv leidet noch immer unter Raumnot, doch konnte durch die Einrichtung eines Benützerraumes eine wesentliche Erleichterung geschaffen werden.

Für 1956 ist der Bau eines elektrischen Akten- und Bücher-
aufzuges vorgesehen.

Die Ausgaben für den Körpersport sind gegenüber dem Vor-
jahr um fast drei Millionen geringer, und zwar weil im kommenden
Jahr nur vier Millionen Schilling und nicht acht Millionen wie
heuer für die Aufstockung des Stadions eingesetzt sind. Stadt-
rat Mandl hofft, daß es den Architekten bald gelingen wird, zu
einer alle Stellen befriedigenden Planung zu kommen, ohne die
architektonische Form des bestehenden Bauwerkes zu beein-
trächtigen.

Der Bau der Stadthalle geht programmgemäß weiter. Die
Gymnastik- und die Ballhalle sind eingedeckt und werden verglast.
Mit der Eindeckung der großen Halle wird in den ersten Jänner-
tagen begonnen. Die Eishalle ist trotz allen Einwendungen noch
nicht eingestürzt und die Kühlmaschinen für die Eisbereitung
sind geliefert und montiert, die Klimaanlage teilweise eingebaut.
Für dieses nach seiner Vollendung in Europa einzigartige Bau-
werk sind für 1956 40 Millionen Schilling veranschlagt.

Mit acht Sportvereinen wurden wieder Verträge über die
Vermietung von Sportflächen von insgesamt 259.000 Quadratmetern
abgeschlossen. In ganz Wien gibt es 443 Jugend- und Kinder-
spielplätze aller Art. Kaum eine Stadt Europas wird mit einer
derartigen Zahl aufwarten können. Im nächsten Jahr werden wieder
sechs Kleinkinderspielplätze und zwei Kinderspielplätze ge-
schaffen und vier Spielplätze ausgebaut und mit Garderoben ver-
sehen. Das Sportgroschenenertragnis fließt nach wie vor ohne Ab-
zug von Verwaltungsspesen zur Gänze den Sportorganisationen zu.
Die großen Sportverbände erhalten zusätzliche Zuwendungen für das
Kinderturnen. Schulschwimmen und Haltungsturnen werden fortge-
setzt. Das Sportehrenzeichen wurde in diesem Jahr an die Europa-
meisterin im Eislaufen Hanna Eigel, den Europameister im Stemmen
Franz Hölbl und den Weltrekordler im Hallenfahren Franz Wimmer
verlichen.

Das Landesjugendreferat hat unerhört wertvolle Erziehungs-
arbeit geleistet. 20 Lehrgänge für Leiter von Jugendgruppen,
Arbeitsgemeinschaften und Seminare wurden abgehalten. Auch für
die Propagierung des guten Films wurden einmalige Leistungen
gesetzt.

Die städtische Schulverwaltung hat 126.370 Pflichtschüler in 4.025 Klassen und in 369 Schulen materiell zu betreuen. Dem Rückgang an Pflichtschülern steht ein Zuwachs an Berufsschülern um 25 Prozent gegenüber. Diese Umschichtung war nicht leicht durchzuführen, da ja ein 16-bis 17jähriger andere Sitzgelegenheiten braucht als ein 6- bis 10jähriger. Trotzdem konnte die Unterbringung der Berufsschüler rechtzeitig und ohne Behinderung des Unterrichtes bewerkstelligt werden.

Der Magistratsabteilung 56 unterstehen 318 Schulgebäude, davon sieben Schulpavillons. Durch die Verknappung der Arbeitskräfte mußten die Renovierungsarbeiten an den Schulen auf das ganze Jahr ausgedehnt werden. Diese kurze Belastung wird aber die Kinder und Lehrer nachher durch ein vollkommen renoviertes, sauberes Schulhaus wieder entschädigen. Für das nächste Schuljahr stehen für Renovierungen 18 Millionen Schilling zur Verfügung, um sechs Millionen mehr als in diesem Jahr. Heuer wurde der Neubau der Schule, 21, Stammersdorf, begonnen, die Schulneubauten, 2, Czerninplatz und 22, Plankenmaisstraße, fortgesetzt und die Schulbauten, 22, Kagran, Afritschgasse, 23, Liesing, Dirmhirngasse (Pavillon) und 13, Hermesstraße, vollendet. Für den Beginn eines Schulneubaues in Hadersdorf-Weidlingau ist im Vorschlag 1956 eine erste Baurate von einer Million Schilling vorgesehen. Totale Wiederaufbauarbeiten konnten in vier Schulen abgeschlossen werden. Drei Schulen sind nach werkfremder Benützung derzeit in Arbeit. Auch die Berufsschulen mußten teilweise umgestellt, erweitert und renoviert werden.

Die Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe zeigen ebenfalls steigende Schülerzahlen. Wir zählen in diesen drei Lehranstalten derzeit in 26 Klassen 643 Schülerinnen. Nach langen Bemühungen ist es nun gelungen, das vor 1934 von der Kindergärtnerinnen-Schule benützte Gebäude, 12, Dörfelstraße, von einquartierten Flüchtlingen freizumachen. In dieses Haus soll nun die in einem baufälligen Gebäude untergebrachte hauswirtschaftliche Schule, 6, Brückengasse, übersiedeln, wenn die in Gang befindlichen Adaptierungsarbeiten abgeschlossen sind. Wir hoffen, diese Schule zu einer Musteranstalt für ganz Österreich gestalten zu können.

Abschließend stellt Stadtrat Mandl fest, daß man mit der Entwicklung des letzten Jahres zufrieden sein könne. Die Tätigkeit des Kulturamtes umspannt den ganzen geistigen Bereich unserer Stadt und ist Bildungsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes, von der Schule, über die Volksbildung, über die Bereiche der Kunst, der Körperkultur alles umfassend, was Kultur, geistiges Gepräge des Einzelnen und der Gemeinschaft bedeutet. Es ist eine Tätigkeit, die viel Liebe und Hingabe erfordert. In diesem Zusammenhang dankte er allen Mitarbeitern der einzelnen Zweige seiner Verwaltungsgruppe für ihre verständnisvolle Zusammenarbeit. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Christoph (VO) beschäftigt sich mit der Bekämpfung der Schundliteratur und stellt einen Resolutionsantrag, der entsprechend einer Empfehlung des 11. Österreichischen Städtetages die Gemeinde beauftragt, eine Aktion zur Aufklärung der gesamten Öffentlichkeit über das Wesen der Schundliteratur, unter Heranziehung von aufklärenden Plakaten, durchzuführen. Man müsse auch mit allen Mitteln das gute Buch unserer Jugend nahebringen. Der Redner stellt einen Antrag, in allen größeren Gemeindeneubauten Jugendbüchereien einzurichten und fahrbare Büchereien für die größeren Parkanlagen einzusetzen.

Der schlechte Film macht ebenfalls gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich. Bis Jahresende werden 50 Kinos auf Cinemascope umgebaut sein, ein Verfahren, das den Normalfilm verdrängt und auch den österreichischen Film gefährdet. Für die Saison 1955/56 sind in Wien 450 Filme angekündigt, darunter allein 280 amerikanische Filme.

Der Redner erhebt auch neuerlich die Forderung, daß die Gemeinde Wien ein repräsentatives Theater übernimmt oder ausreichend subventioniert. Die Scala, die in der vergangenen Saison mehr als 140.000 Besucher hatte, ist bedauerlicherweise im Festwochenprogramm nicht vertreten.

Bei den Schulen kritisiert der Redner die mangelnde Sauberkeit der Klassenzimmer und stellt einen Antrag, in den Schulen eine tägliche Reinigung durchzuführen sowie zusätzliches Reinigungspersonal einzusetzen und Staubsauger und Bodenbürsten anzuschaffen. Ferner stellt er den Antrag, in den Schulen der Außenbezirke und in den Fortbildungsschulen geeignete Unterbringungs-möglichkeiten für Fahrräder zu schaffen. Ein weiterer Antrag des

Redners verlangt für die Schüler der Berufsschule Mollardgasse die Möglichkeit, ein warmes Essen einzunehmen. Dr. Christoph erhebt auch die Forderung nach Bestellung von hauptamtlichen Schulärzten. Er fragt ferner, ob die Musiklehrer nicht pragmatisiert werden und fordert die obligatorische Hochschulausbildung für Lehrer. Die Gemeinde Wien möge auch wieder Studentenheime errichten.

Bei der Behandlung des Kapitals Sport wendet sich der Redner gegen die große Besteuerung von Sportveranstaltungen. Er verlangt eine Erhöhung der Ausgaben für Sportförderung und stellt den Antrag, Jugendsportveranstaltungen und Amateursportveranstaltungen von der Vergnügungssteuer zu befreien.

Abschließend sagt Dr. Christoph, er habe aus dem Bericht von Stadtrat Mandl entnommen, daß viel geschehen ist, das seine Zustimmung findet. Vieles aber, das dringend noch der Verbesserung harret, ist in diesem Budgetentwurf leider nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund werde seine Fraktion gegen die Ansätze stimmen.

GR. Schlegel (ÖVP) beschäftigt sich zunächst mit grundsätzlichen Feststellungen über Kunst und Kultur. Wir befinden uns, so führt er aus, in einer Epoche schwersten Ringens und mühsamen Suchens in der Kunst. In kulturellen Angelegenheiten sei auch Parteipolitik am wenigsten am Platze. Wenn man alle Beträge zusammenzählt, die für Kunstförderung zur Verfügung stehen, so ließe sich damit immerhin etwas anfangen. Dazu gehört aber eine klare Linie, die er zum großen Teil leider vermissen müsse. Wien hat die Verpflichtung, das Mäzenatentum von Einst zu übernehmen. Statt dessen gibt es nur ein aktenmäßiges Erledigen des täglich Anfallenden. Wo aber das Amt darangehen muß, die Kunst selbst anzufassen, da geht es zuweilen schief. Der Redner wendet sich in diesem Zusammenhang gegen gewisse avantgardistische Kunstwerke, betont aber gleichzeitig, daß er keineswegs die Bilderstürmer verteidigen wolle. Stadtrat Mandl rät der Redner, er möge sich von jenen Beamten trennen, die ihn zum Schaden der Kunst falsch unterrichten. Er schlägt vor, Kunstwerke, die mit Sicherheit ein zwiespältiges Urteil erwarten lassen, nicht sofort an die breite Öffentlichkeit zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Schlegel erhebt ebenfalls die Forderung nach einem städtischen Theater, das sich die Kulturstadt Wien wohl leisten könnte. Er glaubt nicht, daß Stadtrat Mandl gegen diese Forderung ist, sondern, daß sich vielmehr der städtische Finanzreferent dagegen stellt. In seinen weiteren Ausführungen warf Gemeinderat Schlegel den Sozialisten Gefühllosigkeit für die Vergangenheit Österreichs vor und meinte, sie sollten sich ein Beispiel dafür, wie man große Männer der Geschichte ehrt, in der Sowjetunion holen. Die Gemeinde Wien weigere sich auch, den Wunsch der Bevölkerung nach dem Bau neuer Kirchen zu erfüllen. Das geistliche Antlitz Wiens werde vom Bund geformt, wogegen die Gemeinde Wien der Stadt nur die Parteischminke gibt. Mit der Wiener Operette zum Beispiel weiß man nichts anzufangen, weil sie am wenigsten Parteischminke verträgt. Als Ersatz für die Operette wurde der Kiba-Konzern geschaffen, der allerdings nur für unbedenkliches Geldverdienen verwendet wird. Der Redner setzt sich für die Erhaltung des inneren Stadtkernes ein und verweist in diesem Zusammenhang auf die bedeutenden Leistungen, die in Paris und Rom vollbracht wurden. Im weiteren kritisiert er die Auswahl der Büchereinkäufe für die städtischen Büchereien, begrüßt es aber, daß die Ansätze für diese Zwecke erhöht wurden. Er spricht sich für angemessene Ehrenpensionen und Stipendien aus. Zum Kapitel Schulen bemängelt er die oft unzureichende Ausstattung mit Requisiten, regt die Genehmigung von Freifahrtscheinen für Schulausflüge an und wünscht eine Verbesserung in der Ausgestaltung der Schulküchen und der hygienischen Einrichtungen sowie auch die Vermehrung von Schulhorten. Seine Fraktion werde nicht dulden, daß Schulen für schulfremde Zwecke verwendet werden. Der Aktion "Das Burgtheater in den Schulen" findet seine volle Anerkennung, ebenso die hervorragenden Leistungen der Modeschule der Stadt Wien, wobei er bedauert, daß es uns nicht möglich ist, aus diesen Instituten noch mehr zu machen. Er beschäftigt sich dann mit dem Sport und stellt fest, daß er schon seit langem den Weg des modernen Gladiatorentums und Primadonnenwesens beschreitet.

Er sei für den Volkssport nicht aber für den Massensport, denn dort, wie er meint, wo es zu einer Vermassung kommt, die Menschen zu Atomen werden. Man könne dann nämlich nie wissen, welches Atom losgeht, wie es etwa der letzte Straßenbahnerstreik bewiesen hat. Auf der Baustelle der Wiener Stadthalle, sagte der Redner, wird eine ganz große Idee verwirklicht und es sei daher nicht am Platze, wenn unüberlegt kritisiert wird. Er setzt sich zugleich für die Aufstockung des Wiener Stadions ein. Seine Fraktion wird den Ansätzen die Zustimmung geben.

GR. Liwanec (SPÖ) bezeichnet die Ausführungen seines Vorredners als Haßgesang gegen alles Neue. Mit falschem Pathos und mit Kaisertraue werden wir die Weltgeltung Wiens nicht erringen. Die ekelhafte Atmosphäre der Kapuzinergruft, die in den Gehirnen der Kulturmacher der ÖVP herumspukt, werde der frischen Luft einer fortschrittlichen Denkungsweise weichen müssen. Nur so werden wir das Vertrauen der Welt erringen können. Bei allen Kulturdebatten wurden bisher die Ansätze der Gruppe III als zu gering bezeichnet und immer wieder mußte darauf erwidert werden, daß die Kulturleistungen der Stadt ihre Ansätze auch in anderen Gruppen finden. Es ist selbstverständlich, daß zu den Kulturleistungen Wiens auch der soziale Wohnungsbau, der Bau von Kindergärten, Parkanlagen usw. gezählt werden muß. Die Aufgabe der politischen Parteien und ihrer Vertreter müßte es sein, die Haltung der Bevölkerung zu ihren Mandataren zu revidieren. Manche Mandatäre sehen ihre Aufgabe aber darin, die Demokratie zu diffamieren, zu untergraben und zu unterhöhlen. Diese Gruppen werden auch von manchen Verantwortlichen der ÖVP unterstützt. Eine solche Untergrabung der Demokratie wird letzten Endes aber auch die Österreichische Volkspartei treffen. Wir wollen draußen die Politik nicht als schlecht hinstellen und sie lächerlich machen. Wir müssen die Menschen dazu bringen, daß sie mit Stolz Wiener und Österreicher sind. Auch das ist ein wesentlicher Bestandteil der Kulturauffassung unserer Stadt.

In den letzten Tagen machte sich in verschiedenen ÖVP-Zeitungen ein Antisemitismus bemerkbar, der auf die Dauer nicht haltbar sein kann. Dies ist nicht nur eine Beleidigung verschiedener öffentlicher Mandatäre, sondern auch ein Verstoß gegen die Kultur, über die der Vertreter der Volkspartei hier doziert hat. (Beifall bei SPÖ.) Zum Antrag des GR.DR. Christoph, betreffend Bekämpfung von Schmutz und Schund, ist zu sagen, daß dieser Kampf vom Kulturredamt sehr energisch geführt wird. Durch Verbote allein könne diese Erziehungsarbeit jedoch nicht geleistet werden. Die Eltern müßten auf diesem Gebiet viel dazu beitragen. Zu den schlechten Filmen ist zu sagen, daß die Kiba leider kein Atelier besitzt, um selbst Filme herzustellen. Sie ist aber auch hier ständig bemüht, Abhilfe zu schaffen. Es dauert leider einige Zeit, bis die Produzenten daraufkommen, daß auch gute Filme gerne gesehen werden. GR. Liwanec kommt sodann auf die Wiener Festwochen zu sprechen und dankt besonders allen Bezirksvorstehern und deren Stellvertretern und sonstigen Mitarbeitern für die abgehaltenen Bezirksveranstaltungen. Es waren dies 276 mit 129.369 Besuchern (Beifall). Auch die Heimatmuseen, die es bereits in 13 Bezirken gibt, werden vom Kulturredamt subventioniert. Zu hoffen ist, daß der verdienstvolle Direktor Pemmer für sein Pratermuseum bald die nötigen Räume erhalten wird.

Zum Thema bildende Kunst: Die moderne Kunst ringt mit der Zeit, in der wir leben. Sie will einen Ausdruck dafür finden, der dieser Zeit angepaßt ist. Viel wurde über den Vandalismus Einzelner gesprochen, die diese Kunstwerke zerstörten. Der Gesichtsausdruck des GR. Schlegel, als er über diesen Vandalismus sprach, war aber derart, daß man ihm ansah, daß ihm um diese Kunstwerke gar nicht leid war. Das Kulturredamt hat zur Ausschmückung der Gemeindebauten sehr große Summen ausgegeben. Heuer waren es 3,2 Millionen, gegenüber 120.000 Schilling im Jahre 1949. Die Gemeinde Wien schafft damit an den Gemeindebauten eine Ausstellung im Freien, die für jeden Wiener zugänglich ist. Es gibt keine andere Stadt der Welt, die ähnliches nur versucht hätte. Rund 90 Prozent dieser angekauften Kunstwerke haben konservativen Charakter. Wenn aber eines der übrigen nicht gefällt, dann benützt man dieses zur Hetze gegen das Kulturredamt

und seinen Leiter. Über Schönheit kann man aber streiten. Im Namen der Kunstschaffenden müsse hier mehr Toleranz verlangt werden. Verschiedene Ausstellungen, so auch die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", haben starken Widerhall in der Bevölkerung gefunden und sind aus dem Kunstleben nicht mehr wegzudenken. Außerdem werden ständig Bilder für die Schulgalerien angekauft. Auch damit wird wichtige Erziehungsarbeit geleistet.

Zu den Klagen, daß für die Theater zu wenig geschieht, ist zu sagen, daß hier sogar die Theaterdirektoren anderer Meinung sind. Im vergangenen Jahr waren es über vier Millionen Schilling, die für nur drei Bühnen aufgewendet wurden. Das Raimundtheater hat dabei den gleichen Betrag als die anderen Theater erhalten. Niemand sabotiert die Aufführung von guten Operetten, im Gegenteil, das Kulturamt unterstützt sie wo es nur möglich ist. Zur Vergnügungssteuer ist zu sagen, daß das Budget eines Landes oder einer Stadt eben aus Einnahmen und Ausgaben besteht, und diese Einnahmen nun einmal zum Großteil aus Steuern resultieren. Es läßt sich aber darüber diskutieren, was zweckentsprechender wäre, die Vergnügungssteuer aufzuheben oder die Umsatzsteuer auf Brot. Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei könnten hier beim Bund mit gutem Beispiel vorangehen. GR. Liwanec stellt abschließend fest, daß Österreich Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist und Wien nach wie vor als Kulturzentrum Mitteleuropas, ja Europas, Geltung in der Welt hat und aufgeschlossen den Bestrebungen der Gegenwart gegenüberstehen muß; dies auf allen Gebieten der Kultur, der Kunst und Politik (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Mandl beschäftigte sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen des Redners der VO. Dr. Christoph hat gesagt, er anerkennt, daß viel geschehen ist; dies nehme der Referent mit Befriedigung zur Kenntnis. Was seine Ausführungen über den Kampf gegen Schmutz und Schand anbelangt, so brauchen wir wohl nicht unter Beweis zu stellen, daß das Kulturamt Wesentliches in diesem Kampf unternommen hat. Fahrbare Büchereien werden angeschafft werden, jedoch nicht für Parks, sondern um an jene Stellen heranzukommen, die mit unserem Büchereinetz nicht erreicht werden können.

Zum Thema Film, das auch der Debattenredner der ÖVP behandelt hat, ist zu sagen, daß die Stadt Wien keinen Einfluß auf die Filmproduktion und die Einfuhr von Filmen hat.

Beide Debattenredner erhoben auch die Forderung, die Stadt Wien möge ein Theater führen. Stadtrat Mandl meint, jetzt müßte man doch einmal mit dieser etwas abwegigen Forderung Schluß machen. Die Gemeinde kann doch nicht den ohnedies schwer ringenden Theatern Konkurrenz machen. Man möge sich auch mit dem Leiter der Bundestheaterverwaltung in Verbindung setzen und von ihm hören, ob es ihm angenehm wäre, wenn die Stadt Wien ein eigenes Theater bekommt. Was die Pragmatisierung der Lehrer an den Musikschulen anbelangt, haben wir sehr viele nebenamtliche Lehrkräfte, die sich als freischaffende Künstler gar nicht binden wollen.

GR. Schlegel habe mit einer sehr interessanten kulturphilosophischen Darstellung begonnen; hier gelte es jedoch einen Verwaltungsbericht zu erstatten. Stadtrat Mandl machte auch den ÖVP-Redner darauf aufmerksam, daß wir seit 1918 und seit 1945 neuerlich in einer Republik leben. (GR. Leinkauf, ÖVP: "Österreich lebt aber länger als 1918!") Ich glaube, fuhr der Referent fort, daß die Vertreter in diesem Haus sich offen und ehrlich zur Republik bekennen sollten. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe nicht davon gesprochen, daß wir nicht auch die Leistungen unserer Vorväter anerkennen. Aber dazwischen und einer monarchistischen Propaganda besteht doch ein Unterschied. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Vorwürfen wegen zu geringer Dotierung des Kultursystems ersucht Stadtrat Mandl zum Beispiel den Voranschlag für das Jahr 1936 nachzulesen, wie wenig damals, als die Sozialisten nichts dreinzureden hatten, für Kultur ausgegeben worden ist. Wenn sie mir nachweisen können, daß einmal früher von der Gemeindeverwaltung mehr Geld als heute für kulturelle Zwecke aufgewendet wurde, so stellte der Referent nachdrücklich fest, bin ich bereit, meine Funktion zurückzulegen.

Der Redner der ÖVP hat auch über den § 144 gesprochen. Stadtrat Mandl stellte die Frage, ob dieser wirklich der naiven Überzeugung sei, daß in das Sanatorium Auersperg die Arbeiterfrauen hingegangen sind? (Beifall bei der SPÖ.) GR. Schlegel habe ihm auch vorgeworfen, daß über seiner Liebe zur Kunst die Liebe zur Partei steht.

Wenn er damit die Liebe zur Arbeiterklasse meint, der wir alle unsere Arbeit geweiht haben, dann möchte ich sagen, betonte der Referent abschließend, ja, dazu bekenne ich mich in aller Offenheit (Beifall bei der SPÖ). Ich sehe meine Aufgabe vor allem darin, den arbeitenden Menschen in dieser Stadt das Leben schöner und reicher zu machen (Beifall bei der SPÖ). Ich bitte um die Zustimmung zu den Ansätzen meiner Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden zwei Anträge der VO einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, und zwar der Antrag zur Aufklärung der Öffentlichkeit über das Wesen der Schundliteratur und der Antrag über die Einrichtung von Abstellgelegenheiten für Fahrräder. Die übrigen Anträge der VO werden gegen die Stimmen der VO abgelehnt. Die Ansätze des dritten Hauptstückes werden gegen die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Die Ansätze der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen
=====

16. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay, leitete dann mit seinem Referat die Verhandlung über die Ansätze der Verwaltungsgruppe Wohlfahrtswesen ein. Einleitend stellte er fest, daß seiner Geschäftsgruppe im kommenden Jahr die Bewältigung von drei neuen Aufgaben bevorstehe, die auch eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben bewirken. In erster Linie sind dies die sogenannten Aufstockungsbeiträge an die Sozialrentner. Nach dem ASVG, das am 1. Jänner 1956 wirksam wird, ist die Gemeinde verpflichtet, allen in Wien lebenden Sozialrentnern, die durch ihre Beitragsleistung die in dem genannten Gesetz festgesetzte Mindestrente von 460 Schilling monatlich nicht erreichen, den Fehlbetrag zu zahlen. Es gibt gegenwärtig in Wien rund 120.000 Sozialrentner. Die Fürsorgeämter müssen nun feststellen, welchen Sozialrentnern diese Ausgleichszulage gebührt. Diese Erhebungen werden einige Monate in Anspruch nehmen und die ehrenamtlichen Fürsorgeräte schwer belasten. Nach Schätzungen, die von den Rentenanstalten vorgenommen worden sind, wird der Gemeinde im Jahre 1956 eine neue Ausgabe von rund 50 Millionen Schilling erwachsen. Dieser Betrag ist im Voranschlag eingesetzt.

Das kürzlich vom Nationalrat beschlossene Handelskammer-Alters-Unterstützungsgesetz bringt dem Wohlfahrtsamt eine zusätzliche Belastung von 2,5 Millionen Schilling.

Schließlich erfordert der Beitrag an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen des Bundes einen Betrag von 32 Millionen Schilling.

Infolge dieser zusätzlichen Fürsorgeaufgaben erhöht sich der Aufwand dieser Verwaltungsgruppe um 47 Prozent. Er beträgt für das Budgetjahr 362,4 Millionen, gegenüber 246,6 Millionen Schilling im Jahre 1955.

Durch die Ausgleichszulage nach dem ASVG sind die Ansätze für die Wohlfahrtspflege von rund 78 Millionen auf 125 Millionen Schilling gestiegen. An erster Stelle stehen die regelmäßigen Unterstützungen mit 56 Millionen Schilling. Die Gemeinde hat sich bei der Erstellung des Budgets verpflichtet, die erstmalig von der sozialistischen Fraktion im Nationalrat geforderte einmalige Teuerungszulage von 25 Prozent für die Sozialrentner, auch den eigenen Befürsorgten zu gewähren, wenn der Bund eine solche Zuwendung gewähren sollte. Die im Parlament geführten Verhandlungen haben nun zu einem Erfolg geführt. Die Gemeinde wird nun für alle ihre Dauerbefürsorgten dieselbe Regelung treffen, die für die Sozialrentner gilt: In allen Fällen, in denen die 25 Prozent der Unterstützung 100 Schilling nicht erreichen, werden 100 Schilling als Mindestleistung gegeben. Nach oben wird der Teuerungszuschlag mit 300 Schilling begrenzt. Dem Wohlfahrtsamt verursacht diese einmalige Zuwendung noch im Jahre 1955 eine Ausgabe von ungefähr 1,8 Millionen Schilling.

Vom 1. Jänner 1956 an werden die Richtsätze für die Unterstützungen an die Gemeindebefürsorgten ungefähr den Mindestrenten nach dem ASVG angeglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Zahl der Dauerbefürsorgten, führte Vizobürgermeister Honay aus, sinkt langsam aber stetig. Gegenwärtig erhalten 17.100 Personen regelmäßig monatliche Renten, wobei die interessante Feststellung gemacht werden kann, daß davon 90 Prozent Frauen sind.

Für die Wohlfahrtskrankenpflege sind im Voranschlag 5,820.000 Schilling eingesetzt, um 245.000 Schilling mehr; eine Folge der erhöhten Medikamenten- und Ärztekosten.

Für Aushilfen sind 7,520.000 Schilling vorgesehen. Die arbeits-therapeutischen Kurse für Körperbehinderte werden 300.000 Schilling erfordern. Die Fahrbegünstigungen in der Wohlfahrtspflege verursachen einen Aufwand von 864.000 Schilling. Für Hilfsmaßnahmen anläßlich von Katastrophen wurden wieder 30.000 Schilling eingesetzt.

Für zusätzliche Leistungen an ehemals politisch Verfolgte werden 220.000 Schilling beansprucht.

Vizobürgermeister Honay beschäftigte sich sodann mit einigen zusätzlichen, freiwilligen Fürsorgeleistungen für die Gemeindebefürsorgten, so mit der im Jahre 1951 eingeführten Urlauberraktion für Dauerbefürsorgte.

Im ersten Jahr umfaßte diese 500 Personen. Aber schon im nächsten Jahre wurden 1.500 meist alleinstehende ständig Befürsorgte in Privatpensionen nach Heiligenkreuz und St. Corona geschickt, eine Zahl, die 1953 auf 2.000 anstieg. In diesem Jahr wurde 2.750 Dauerbefürsorgten die Wohltat einer Einweisung in eine Pension zuteil und im Jahre 1956 werden 3.000 Entsendungen erfolgen. Es werden somit einschließlich der im Jahre 1956 vorgesehenen Einweisungen 9.750 Dauerbefürsorgte den vierzehntägigen kostenlosen Urlaub in den Hotels, die von der Gemeinde gemietet wurden, verbracht haben (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Im Voranschlag sind 600.000 Schilling für diese so segensreiche Aktion eingesetzt; der Aufwand beträgt jedoch 1,3 Millionen Schilling. Es werden 700.000 Schilling aus dem Ertrag der Sammlungen beigesteuert.

Wer einmal diese meist sehr alten Leute in ihrer Sommerfrische aufgesucht hat, bekommt erst die richtige Vorstellung von der unbestrittenen physischen und psychischen Bedeutung dieser sozialen Fürsorge. Nicht wenige dieser Befürsorgten haben in ihrem langen und arbeitsreichen Leben zum ersten Male einen Urlaub erhalten. Es ist auch bemerkenswert, daß viele von den 2.750 alten Leuten, die anläßlich des Abschlusses der Urlaubsaktion im Oktober in der Volksoper zur Wiedersehensfeier erschienen sind, noch nie diesen Musentempel betreten hatten.

Immer stärker wird der Besuch der Tagesheimstätten für alte Leute. In diesem Winter wurden sechs neue Heime eröffnet, sodaß jetzt 63 Lokale bereitstehen. Die Kosten dieser ebenfalls zuzusätzlichen, freiwilligen Sozialleistung sind mit 1,3 Millionen veranschlagt. Davon entfallen auf die einmal im Monat gewährte vollständige Tagesverpflegung 300.000 Schilling. Für die Abgabe des täglichen Kaffees und des Kuchens sind 526.000 Schilling erforderlich. Der Rest entfällt auf Personalkosten, Miete, Beheizung und Beleuchtung. In manchen Tagesheimstätten überwiegen als Besucher die Witwen- und Sozialrentner des Bundes.

Trotzdem hat der Bund seit 1952 die vorher gewährte Beitragsleistung eingestellt. Für Weihnachten, Silvester und Fasching werden in allen Heimstätten meist sehr schöne Feiern veranstaltet, bei denen alle Besucher Geschenke erhalten. Die Kosten stellen sich auf 125.000 Schilling. In anerkennenswerter Weise wirkt dabei das Jugendrotkreuz mit, das besonderen Dank verdient. (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Gegenwärtig werden die Heimstätten täglich im Durchschnitt von 6.000 Rentnern besucht.

Als besonders erfreulich bezeichnet der Referent die Ergebnisse der Sammlungen bei den Hausparteien. So erzielte die Sammlung für die Armen 716.745.59 Schilling, das Ergebnis der Wajug-Sammlung betrug 641.198.39 Schilling, für das Spital der Barmherzigen Brüder wurden 1.118.586.14 Schilling gespendet, die Sammlung für die Blindenvereine brachte 898.000 Schilling, dem Sozialwerk wurden 571.956.01 Schilling gespendet und die Sammlung für die Tuberkulosen und Brustkranke erzielte 700.701.87 Schilling. Dafür spricht Vizebürgermeister Honay den gebefreudigen Wienern den Dank des Gemeinderates aus. Er dankt auch den Hauswarten für ihre Mühe und nicht zuletzt auch den 3.380 ehrenamtlichen Fürsorgeräten für ihre nicht immer leichte Arbeit, die sie aber mit großem Verständnis für die Befürsorgten leisten. (Allgemeiner starker Beifall.) In seinen weiteren Ausführungen stellte er fest, daß die Zahl der von der Gemeinde Wien betreuten Flüchtlinge erfreulicherweise ständig zurückgeht. Zwei Flüchtlingslager konnten aufgelassen werden. Anfang 1955 waren in den vier Lagern 1936 Flüchtlinge, davon 398 Kinder untergebracht. Gegenwärtig befinden sich in den vier Flüchtlingslagern 1678 Personen; davon 341 Kinder. Von den 1.678 Flüchtlingen besitzen bereits 1.106 die österreichische Staatsbürgerschaft.

Für die Kosten der Flüchtlingsfürsorge kommt bekanntlich der Bund auf. Sie scheinen im Voranschlag mit rund 2,6 Millionen Schilling auf.

Für die Kriegsgefangenen- und Heimkehrerfürsorge sind 415.000 Schilling veranschlagt, und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Rubrik im Voranschlag des Jahres 1957 nicht mehr nötig ist. Es wäre hoch an der Zeit, daß nach mehr als zehnjähriger Beendigung des Krieges kein einziger Wiener mehr in der Fremde schmachten muß.

Vizebürgermeister Honay sprach dann über die Betreuung unseres Nachwuchses. Die Zahl der Lebendgeburten in Wien hat in den letzten Monaten eine kleine Steigerung aufzuweisen. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober wurden in Wien 9.900 Lebendgeburten verzeichnet. Gegenüber der mehr als doppelten Zahl der Sterbefälle berechtigt dies gewiß nicht zu übertriebenen Hoffnungen. Bedenkt man, daß im Jahre 1947, ein Jahr in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs so günstig waren wie heuer, die Zahl der Lebendgeburten in Wien 23.550 betrug, so stimmt doch das vielfach gebrauchte Argument, daß in der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges die Geburtenhäufigkeit steigt, leider nicht ganz. Wir wissen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, daß der Kinderreichtum vielfach in den ärmsten Kreisen der Bevölkerung festgestellt werden konnte. Es ist heute nicht anders. Es muß festgestellt werden, daß in den Reihen der Gemeindefürsorgten eine ziemlich große Kinderzahl vorhanden ist.

Die erfreulicherweise immer stärkere Sozialfürsorge für die Erwachsenen hat bekanntlich die Lebenserwartung stark erhöht. Heute ist jeder achte Bewohner Wiens über 65 Jahre alt. Nach der letzten Zählung gab es im Jahre 1951 in Wien 78.941 Männer und 137.634 Frauen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Diesen 216.000 Personen stehen 230.330 Männer und Frauen gegenüber, die im 18. bis 30. Lebensjahr stehen. Diesen jungen voll arbeitskräftigen Menschen wird schon heute, aber noch mehr in der Zukunft die Erhaltung der Alten obliegen. Man müßte aus dieser Tatsache sehr ernste Schlüsse ziehen.

Durch die Kinderfürsorge der Gemeinde, die bereits im Mutterleib beginnt, ist die Säuglingssterblichkeit auf ein Minimum auf rund vier von hundert herabgedrückt worden. Mutterberatungsstellen, Schulzahnkliniken und die kostenlose Abgabe von Säuglingswäsche haben erfreuliche Erfolge gezeitigt.

Im Voranschlag sind 1,6 Millionen Schilling für den Ankauf von 10.500 Säuglingswäschepaketen vorgesehen. Ein solches Säuglingswäschepaket kostet gegenwärtig 153 Schilling.

Im kommenden Jahr wird die städtische Ehe- und Lebensberatungsstelle aktiviert. Im Voranschlag ist hierfür ein Betrag von 30.000 Schilling angesetzt. Es ist zu hoffen, daß durch diese neue Institution auf dem so wichtigen Gebiete der Familienbetreuung die notwendigen Erfolge erzielt werden.

Das Jugendamt hat sehr große Sorgen mit den Mündelkindern. Durch die Abtrennung der Randgemeinden sind 2.934 Mündel aus der Betreuung des Jugendamtes ausgeschieden, aber noch immer beträgt ihre Zahl 23.584, von denen nur 180 ehelicher Geburt sind.

Das Jugendamt hat gegenwärtig für 5.500 Kinder zu sorgen, davon sind 4.330 in Anstalten untergebracht, 1.170 haben in ihrer Pflegefamilie einen Ersatz für das eigene, fehlende oder versagende Elternhaus gefunden. Bei Wiener Pflegefamilien sind gegenwärtig 654 Kinder untergebracht, wobei insbesondere auf die seit einigen Jahren bestens bewährte Einführung von Großpflegefamilien verwiesen werden muß. Hier werden bis zu 10 Kinder in einem Familienverband betreut. Außerhalb Wiens befinden sich 516 Kinder in Familienpflege. Leider werden trotz der geringen Geburtenzahl dem Jugendamt immer mehr Kinder zur Pflege übergeben, was in den so vielen unglücklichen Ehen begründet ist. Das Jugendamt versucht immer mehr Pflegeplätze in Privatfamilien zu bekommen. Der Gemeinderat wird sich in Kürze mit einem Antrag zu beschäftigen haben, der für besonders gute Pflegeplätze Gelderämien an die Pflegeeltern vorsieht. Im Voranschlag sind hierfür erstmalig 100.000 Schilling eingesetzt. Das Pflegekinderwesen erfordert eine Ausgabe von rund 47,6 Millionen Schilling, denen für Verpflegskostenersätze nur 13 Millionen Schilling an Einnahmen gegenüberstehen.

Als Auswirkung der Vollbeschäftigung ist auch der Rückgang der Ausspeisung für die Schulkinder zu betrachten. An dieser sozialen Einrichtung nehmen gegenwärtig nur 2.000 Schulkinder teil.

Erfreulicherweise wird auch die Erholungsfürsorge vermehrt. Das Jugendwohlfahrtsgesetz legt der Gemeinde gewisse Verpflichtungen auf. Es werden rund 9.000 Kinder von Kriegerwitwen oder aus gebrochenen Ehen in Erholungs- und Ferienheimen untergebracht; ungefähr 400 Kinder werden an der so bewährten Schul-landaktion teilnehmen. Dem Wiener Jugendhilfswerk werden wieder 700.000 Schilling gegeben. Die gesamten Ausgaben in dieser Rubrik betragen rund fünf Millionen Schilling.

Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hat leider den größten Teil der in den früheren Jahren bereits genehmigten Bauten von Kindergärten verhindert. Nicht weniger als 14 Kindergärten sollen in diesem Jahre fertiggestellt, eine Schule in Ottakring für Hortzwecke umgebaut werden. Rund neun Millionen Schilling sind für diese Arbeiten veranschlagt. Auf dem Gebiete des Kindergartenwesens hat sich durch den sozialen Wohnhausbau eine eigenartige Situation ergeben. In vielen in den inneren Bezirken befindlichen Kindergärten werden unterbelegte Abteilungen verzeichnet, während am Rande der Stadt, wo große städtische Wohnbauten entstehen, ein fühlbarer Mangel herrscht. Anfangs Dezember waren in den städtischen Kindergärten und Horten 14.672 Kinder eingeschrieben.

Die Ausgaben für die Kindergärten, Tageserholungsstätten und Horte, sind mit rund 59,7 Millionen Schilling veranschlagt, denen nur neun Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Besonders bewährte sich die städtische Bildungsanstalt für die Kindergärtnerinnen. Der Personalaufwand in dieser Gruppe wurde mit 35,8 Millionen Schilling errechnet. Gegenwärtig arbeiten in den städtischen Kindergärten und Horten 1.321 Kindergärtnerinnen und Kinderwärtnerinnen.

Die Vollbeschäftigung hat eine gewisse Erleichterung für die Aktion "Jugend am Werk" gebracht. Auch durch das Jugendeinstellungsgesetz ist die Zahl der arbeitssuchenden Schulentlassenen stark herabgedrückt worden. In bestimmten Berufen, zum Beispiel Glasschleifer, Zimmerer, Drechsler, Herrenschneider u.a., wird häufig Lehrlingsmangel verzeichnet. Leider ist es noch immer sehr schwierig, für die schulentlassenen Mädchen geeignete Lehrstellen zu finden. Im Voranschlag ist für

700 Jugendliche, meist Mädchen, vorgesorgt, wozu noch 100 Lehrlinge in der Lehrwerkstätte für Metallindustrie kommen. Die Gemeinde leistet für "Jugend am Werk" rund 2,7 Millionen Schilling, der Förderungsbeitrag des Bundesministeriums für soziale Verwaltung beträgt 904.600 Schilling. Die kürzlich mit der Arbeiterkammer und dem Gewerkschaftsbund geführten Verhandlungen werden zur Errichtung einer modernen Lehrwerkstätte und eines vorbildlichen Lehrlingsheimes im kommenden Jahr führen (Beifall bei der SPÖ). Die Gemeindeverwaltung hat für diese Objekte bereits der Arbeiterkammer ein Grundstück in der Brigittenau zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, zu den Kosten dieser sozialen Einrichtungen zehn Millionen Schilling beizutragen.

Jugendamt und Sozialarbeiter in der Erwachsenenfürsorge haben in diesem Jahre verantwortungsvolle und gute Arbeit geleistet. Diese Arbeit ist gewiß ohne den üblichen Aktengang nicht denkbar, aber es muß mit besonderer Befriedigung festgestellt werden, daß in allen Ämtern der Wohlfahrtspflege der Geist der Menschlichkeit obwaltet. Alle beamteten Mitarbeiter, die Fürsorgerinnen, die Kindergärtnerinnen, die Fürsorgeräte mit ihren Vorständen, kurz alle die an diesem Sozialwerk mitwirken, wissen, daß hinter jedem Akt ein Mensch mit seinen Nöten und Wünschen steht. Sie handeln danach und nur so ist es zu erklären, daß bei der großen Fülle der Arbeit und bei der großen Zahl der Befürsorgten und bei den großen Anforderungen, die an dieses Ressort gestellt werden, verhältnismäßig wenig berechtigte Kritik laut wird. Immer mehr soll die Fürsorge auf allen Gebieten individualisiert werden. Dies haben alle, die auf diesem kommunalen Arbeitsgebiet wirken, erkannt, und sie alle erfüllen meist mehr als ihre Pflicht (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Lauscher (VO) fordert ein zeitgerechtes Fürsorgegesetz, da das bestehende ein reichsdeutsches und veraltetes ist und für Österreich nicht entspricht. Eine Änderung müßte in der Form eines Landesgesetzes erfolgen. Die Höhe der Dauerunterstützungen ist zu gering, da ein alleinstehender Dauerbefürsorgter unmöglich mit 270 Schilling oder ein Ehepaar mit 440 Schilling monatlich auskommen kann, auch wenn man einrechnet, daß außer diesen Beiträgen noch der Zins bezahlt wird und Heizungszulagen und Sachbeihilfen gewährt werden. ./.

Die Richtsätze blieben seit 1. April 1953 unverändert und entsprechen trotz des seit 1954 gewährten Wirtschaftszuschusses nicht mehr den heutigen Lebens- und Preisverhältnissen. Da die Zahl der Befürsorgten jährlich sinkt, müßte es der Gemeinde leicht sein, die Unterstützungen zu erhöhen. Es müßten zumindest die gleichen Monatsunterstützungen gegeben werden, die beim ASVG festgesetzt wurden. Der Redner bezeichnet die Höhe der Unterstützungen als eine Schande für ein Österreich, das sich demokratisch und sozial nennt. Die Wiener Bevölkerung hätte für eine Erhöhung der Dauerunterstützung bestimmt Verständnis. Kein Verständnis jedoch habe sie für die 30 Millionen Schilling, die Wien jährlich als Beitrag zur Bundespolizei zahlen muß und für die 200 Millionen Schilling Notopfer an den Bund im kommenden Jahr. Der Redner richtet an Vizebürgermeister Honey die Frage, ob die Gemeinde Wien unter dem Titel der Heimkehrerfürsorge an Sanitzer Gold gegeben habe. Als untragbar bezeichnet der Redner die Heranziehung von Familienangehörigen zur Leistung von Fürsorgekostensätzen selbst bei den geringsten Einkommen. Diese Maßnahme könne als alles andere als eine gute Familienpolitik bezeichnet werden. Zu einer gesunden Familienpolitik müßte auch beitragen, den jungen Leuten die Gründung eines Hausstandes zu ermöglichen. Auch die Ansätze für die Säuglingswäschepakete sind geringer, trotzdem die Pakete noch lange nicht den vor 1934 gewährten entsprechen. Unzureichend ist ferner die Zahl der Säuglingskrippen, der Kleinkindergräten, Krabbelstuben und Horte. Im Jahre 1954 wurden die für bauliche Herstellungen an Kindergärten veranschlagten 7,7 Millionen nicht einmal zur Gänze ausgegeben sondern nur 4,8 Millionen. Damit ist den berufstätigen Müttern, die unbedingt der Sorge um ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit enthoben werden müssen, nicht geholfen. Es gehe auch nicht an, daß viele Kinder wegen der Obdachlosigkeit ihrer Eltern in Gemeindepflege übernommen werden müssen. Das Jugendamt müßte beim Wohnungsamt viel mehr Durchschlagskraft haben. Das selbe gelte auch für die erschreckende Tatsache, daß von 44.300 Kindern 8.200 keine eigene Schlafstelle haben. Es genüge nicht, darüber Statistiken aufzustellen, sonst aber nichts zu unternehmen. Die Jugendämter dürfen nicht zu einer Eintreibungsstelle der Pflegekosten werden. Der Redner bemängelt das Fehlen von genügend Lehrwerkstätten, stellt aber mit Genug-

tuung fest, daß hier jetzt ein Wandel zum Besseren eingetreten ist. Er stellt den Antrag auf Errichtung einer Musterlehrwerkstätte aus städtischen Mitteln. Auch die Aktion "Jugend am Werk", die eine sehr gute Einrichtung ist, müßte den Jugendlichen die Möglichkeit bieten, durch sie eine Berufsausbildung erhalten zu können. Der Redner stellt den Antrag, der Aktion "Jugend am Werk" die Möglichkeit zu geben, Jugendliche für gewisse Berufe voll auszubilden. Er müsse auch noch einmal auf das Thema der Schmutz- und Schundliteratur zurückkommen und darauf verweisen, daß Raub, Mord und Verbrechen verboten sind, also auch Literatur, die die Jugend zu solchen Verbrechen anregt, verboten werden müßte. Ein von der Regierung beschlossenes Verbot wäre das einzig Wirksame neben der Erziehung und Aufklärung, der Förderung des guten Buches, Filmes usw. Wirkliche Fürsorge hat bei der Geburt des Menschen einzusetzen. Von der Betreuung der schwangeren Frau muß sie fortgesetzt werden in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten, in der Berufsausbildung für die jungen Menschen und in der Gewähr, daß jedem im Alter ein sorgenfreies Leben gesichert ist.

GR. Peterlin (ÖVP) führte aus, seine Fraktion verlange, daß auch die Gemeinde Wien die Renten der Sozialrentner entsprechend regelt. Die Gemeinde könnte diese Forderung sicherlich in die Tat umsetzen. Die gegenwärtigen Richtsätze entsprechen in keiner Weise den tatsächlichen Lebenskosten. Er begrüße deshalb die Zusage von Vizebürgermeister Honay, daß auch unsere Dauerunterstützten die Sonderzahlung und auch eine Erhöhung der Renten erhalten sollen. Unsere Armen und Alten haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Wir anerkennen, daß die Gemeinde auf diesem Gebiet manches getan hat, aber es bleibt ebenso noch manches zu tun übrig.

Eine Kardinalforderung der ÖVP ist die Koordinierung der öffentlichen und privaten Wohlfahrt. Es wäre in diesem Zusammenhang eine entsprechende Subventionierung der privaten Wohlfahrts-einrichtungen erforderlich. Dies würde nicht nur eine bessere Arbeit gewährleisten, sondern der Gemeinde auch wesentliche Mittel ersparen.

Der Redner begrüßte auch die Aktionen für die Dauerbefürsorgten, weil sie eine große Hilfe für die Armen unserer Stadt bedeuten. Man sollte jedoch diese Aktionen in erster Linie um der Menschen willen durchführen und nicht eine großartige Propagandaschau daraus machen.

Die Tagesheimstätten reichen räumlich noch immer nicht aus. Es wäre notwendig, die Aktion weiter auszubauen. Auch auf kulturellem Gebiet müßte für die Bedürftigen etwas getan werden. Ebenso wäre die Bereitstellung von Freifahrscheinen für die Befürsorgten erforderlich. Der Redner trat ferner für eine Lösung des Problems jener 1.500 Menschen ein, die noch immer in Flüchtlingslagern hausen.

GR. Peterlin beschäftigt sich dann mit dem Geburtenproblem. Man möge bedenken, daß 1954 in Wien doppelt so viel Menschen gestorben sind wie geboren wurden. Dieses Mißverhältnis wäre nicht notwendig, wenn man in unserem Land die gesetzlichen Bestimmungen konsequent einhalten würde. 200.000 Abtreibungen werden innerhalb eines Jahres bei uns durchgeführt, das heißt, daß 500 Kinder täglich gemordet werden. Wenn man auf diesem Gebiet nicht so gewissenlos handelte, stiege die Geburtenzahl schon wesentlich. Es müßte daher unsere vornehmste Aufgabe sein, die Geburtenzahlen in unserer Stadt zu erhöhen (Beifall bei der ÖVP). Es wäre begrüßenswert, in jedem Wiener Bezirk eine Schwangerenberatung zu schaffen. Außer dem Säuglingspaket müßte eine einmalige finanzielle Geburtenunterstützung gewährt werden. Der Redner verlangt auch die Einführung eines Familienfahrscheines auf der Straßenbahn, einen verbilligten Bezug von Strom und Gas für kinderreiche Familien und die Vermehrung von Stipendien für Schüler. Er begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Ausbau der Kinderspielplätze. Bei den Kindergärten und Horten fordert er eine Koordinierung und planmäßiges Bauen.

Ein erfreulicher Fortschritt kann auf dem Gebiet der Pflegekinder festgestellt werden. Es sei erfreulich, daß der Antrag der ÖVP auf Ehrung von Pflegeeltern verwirklicht werden soll. Er hoffe auch, daß es die Erhöhung der Fürsorgegelder gestatten wird, mehr Kinder als bisher bei Familien unterzubringen.

Durch Schmutz und Schund, schlechte Filme und Alkohol, ist unsere Jugend stark gefährdet. Hier muß auf eine genaue Einhaltung der Gesetze geachtet werden.

Bei den Fürsorgeämtern verlangt der Redner eine bessere Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Wohnungsamt und den Sozialinstituten.

Abschließend weist der Redner auf die wertvolle Einrichtung des Roten Kreuzes hin, das bis 30. November dieses Jahres in Wien 17.053 Ausfahrten mit 334.000 Kilometern gehabt hat. Er sei der Meinung, daß auch der Gemeinderat verpflichtet sei, dem Roten Kreuz für seine Tätigkeit zu danken (Beifall bei der ÖVP.)

Im eigenen Namen sowie im Namen seiner Fraktion dankte der Redner der Wiener Bevölkerung für die treue Mithilfe und Opferbereitschaft, ferner der Hilfe aus dem Ausland, den Fürsorgeamtsvorständen, ihren Stellvertretern und den Fürsorgeräten sowie den privaten Institutionen und ersuchte sie um weitere Unterstützung. Er dankte auch den Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen und allen hauptberuflich in dieser Verwaltungsgruppe tätigen Angestellten und Beamten. Sie haben auch in diesem Jahr wieder restlos ihre Pflicht im Dienst der Wohlfahrt erfüllt. Im Namen seiner Fraktion gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen der Gruppe Wohlfahrtswesen.

GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) erinnert einleitend, daß seinerzeit der Kampf gegen Not und Hunger in Wien gemeinsam geführt wurde und gedankt bei dieser Gelegenheit nochmals der großen ausländischen Hilfe, vor allem der Aktionen, die die Schweizer und die Schweden für die Wiener Kinder schufen. Nun müssen wir die Wohlfahrtseinrichtungen allein weiterführen. Sie verweist auf die städtischen Tagesheimstätten, die zu einer Einrichtung geworden sind, die sich unsere Leute nicht mehr wegdenken können. Diese Aktion sowie auch die anderen Einrichtungen der städtischen Wohlfahrtspflege sind ein Beweis dafür, daß unsere alten Mitbürger nicht vergessen sind. Sie würde sich freuen, wenn mehr "Sorgenfreie Tage" in den Tagesheimstätten eingeschaltet werden können und begrüßt die bereits eingeführten Weihnachtsbescherungen, die auch heuer wieder für die Besucher der Tagesheimstätten veranstaltet werden. Die Rednerin ist der Meinung, daß die Geburtenfreudigkeit nur durch solche Einrichtungen unterstützt werden kann, die familienpolitisch gesehen den Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder helfen.

Sie wendet sich gegen den Vorwurf, es werde von der Gemeinde Wien nichts für die Schaffung der Heimschulen getan und verweist auf das voran gegangene Referat des Vizbürgermeisters Honay, in dem der Bau einer solchen Schule im 16. Bezirk angekündigt wurde. Sie macht auf das Vorhandensein der Lernklubs aufmerksam, die gleichfalls ihre Aufgabe gut erfüllen.

Gemeinderätin Lehnert begrüßt im Verlauf ihrer weiteren Ausführungen, daß die Zahl der in Lagern betreuten Flüchtlinge immer mehr zurückgeht. Daß wir es immer noch mit einer Heimkehrerfürsorge zu tun haben, bezeichnet sie als ein trauriges Kapitel und gibt der Hoffnung Ausdruck, es möge bald keinen einzigen Wiener mehr geben, der sich noch nach der Heimkehr aus der Fremde sehnt.

Zur Frage der Kinderlosigkeit bemerkt Gemeinderätin Lehnert, daß es auch kinderlose Bauernfamilien gibt oder solche Familien auf dem Lande, die ein, höchstens zwei Kinder haben, und fragt, ob auch hier die Sozialisten die Schuld treffe. Sie knüpft dann an eine Bemerkung ihres Vorredners, GR. Peterlin, an, die die Kinderspielplätze betraf. Er meinte, die Kinderspielplätze wären u.a. auch deswegen nützlich, weil sie Kinder von der todbringenden Straße fernhalten. Sie stellt im Zusammenhang die Frage, warum der Kinderspielplatz im Burggarten einer repräsentativen Gartenanlage weichen soll. Sie findet es als befremdend, daß der Bund so wenig Interesse für einen Kinderspielplatz aufbringt. Sie erinnert auch daran, daß im Volksgarten an Stelle des ehemaligen Kinderspielplatzes eine Tanzdielen errichtet wurde und meint, es gehe nicht an, die Gemeinde Wien auf Aufgaben aufmerksam zu machen, für deren Erfüllung man selbst nichts übrig habe. Im Besitz der Gemeinde Wien befinden sich derzeit 545 Kinder- und Jugendspielplätze und auch der Bund könnte auf seinen Grundstücken etwas dazu beitragen.

Abschließend beschäftigt sich die Rednerin mit der Frage der zunehmenden Trunksucht, die sie als eine beunruhigende Gefahr bezeichnet. Umsomehr, da im steigenden Maße auch Frauen dem Alkohol verfallen. Die Jugendfürsorge muß derzeit viele Kinder aus Trinkerfamilien betreuen und sie bittet daher, diesem Problem mehr Augenmerk zu schenken und vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Zusammenfassend stellt die Rednerin fest, daß die Wohlfahrt kein Almosen, sondern eine Verpflichtung der Gemeinschaft ist. Man muß aber von den Menschen verlangen, daß sie Selbstverpflichtungen auf sich nehmen.

Sie erklärt, daß die sozialistische Fraktion den Ansätzen zustimmen wird.

Vizebürgermeister Honay stellt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen des GR. Lauscher, betreffend Schaffung eines neuen Fürsorgegesetzes fest, daß das Land Wien bereits einen Musterentwurf verfaßt und dem Sozialministerium vorgelegt hat. Bisher sei jedoch noch keine Entscheidung darüber gefallen. Zur Forderung nach Besserstellung der Empfänger von Dauerunterstützungen erklärt er, daß er und alle übrigen Gemeinderäte sich freuen würden, könnten sie den alten Menschen 30 sorgenfreie Tage monatlich gewähren. Leider hat unser Land aber einen furchtbaren Krieg hinter sich, sodaß wir noch viele Jahre werden kämpfen müssen, um allen Menschen dieser Republik dreißig sorgenfreie Tage monatlich zu garantieren. Gegenwärtig betreuen 3.380 ehrenamtliche Fürsorgekräfte rund 17.100 Dauerbefürsorgte. Es ist also für eine individuelle Betreuung jedes Einzelnen gesorgt. Es werden ja auch nicht nur die laufenden Unterstützungen sondern viele andere Geldzuwendungen gewährt. Dem Antrag, daß das Jugend am Werk-Institut eine volle gewerbliche Ausbildung gewährleisten soll, könne er wegen der Bestimmungen der Gewerbeordnung nur zur Ablehnung empfehlen. Die Anfrage, ob auch der Gestapo-Mann Sanitzer von der Gemeinde Wien als Heimkehrer eine Goldspende erhalten hat, muß mit ja beantwortet werden, da man sich über den Gemeinderatsbeschluß, jedem Heimkehrer eine derartige Goldaushilfe zuteil werden zu lassen, nicht hinwegsetzen konnte. Bei der Eintreibung von Fürsorgekostenersatzten sind die Ansätze zur Bemessung nicht so gehalten wie sie GR. Lauscher angegeben hat. Zur bemängelten Ausstattung der Säuglingewäschepakete stellt Vizebürgermeister Honay fest, auch er sei der Meinung, daß sie besser und schöner ausgestattet sein könnten und es bestimmt auch einmal sein werden. Bei der Fülle der Aufgaben der Stadtverwaltung sind oft noch wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Die Ersparnisse beim Bau von Kindergärten in diesem Jahr traten durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ein. Sowohl Stadtrat Thaller als auch der Baudirektor haben alles versucht, um den Bau der Kindergärten weiterzuführen und zu vollenden. Leider waren die Verhältnisse stärker als der Wille. Ein Kinderhort, der der gegenwärtig schönste sein wird, ist in der Pfeilgasse im 8. Bezirk vor der Vollendung.

Zur Frage der Zuweisung von Wohnungen an delogierte Familien mit Kindern ist zu sagen, daß eine Fürsorgerin mit dem Wohnungsamt ständig zusammenarbeitet, daß sich aber auch hier die Verzögerung der Fertigstellung der Wohnhausbauten nachteilig ausgewirkt hat. Daß sich die Amtsvormunde mit der Eintreibung von Regreßforderungen beschäftigen müssen, ist eine Verwaltungsvereinfachung, die sich sehr bewährt hat. Betreffend die Schaffung von Lehrwerkstätten werden Unterhandlungen mit den zuständigen Stellen geführt, die sicher zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Der Redner teilt die Ansicht des GR. Peterlin, daß auf dem Gebiete der Kinder- und Jugendfürsorge noch vieles zu tun ist. Zur Forderung nach Heranziehung von privaten Heimen zur Unterkunft von Pflegekindern muß erwidert werden, daß bereits 1.100 Kinder in privaten Heimen der Caritas verpflegt werden. Auch das Säuglingsheim des Zentralkrippenvereines, das von einem privaten Verein geführte Therapieheim auf der Sängervarte und Horte der Kinderfreunde werden von der Gemeinde herangezogen. Die Weihnachtspakete wurden bei der GÖC gekauft, weil sie das günstigste Angebot erstellt hat. Kleinere Firmen hätten eine derartige Aktion überhaupt nicht bewältigen können. Der den Paketen beigelegte Weihnachtswunsch des Bürgermeisters war keine Propagandamaßnahme, sondern der Wunsch, allen diesen Leuten frohe Weihnachten zu wünschen. Der Vorschlag auf Produktion eines Kurzfilmes zur Schaffung von neuen privaten Pflegeplätzen muß begrüßt werden. Als undurchführbar bezeichnet der Vizebürgermeister die Erfüllung der Forderung nach Beteiligung der Dauerbefürsorgten mit wöchentlich zwei Straßenbahnfahrscheinen. Für wichtige Wege erhalten die Dauerbefürsorgten auch jetzt Fahrscheine. Es sind dafür Kosten von 864.000 Schilling veranschlagt. Die Erfüllung der Forderung würde rund 12 Millionen Schilling ausmachen. Was die Tagesheimstätten anlangt, sind sie eine gute soziale Einrichtung. Leider ist ein großer Teil nicht gut untergebracht. Es ist aber schwer, für eine so große Zahl geeignete Lokale aufzutreiben. Auch für die Flüchtlinge tut das Wohnungsamt alles, was in seiner Macht steht.

./.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag des GR. Lauscher betreffend Einrichtung einer Musterlehrwerkstätte wurde dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Behandlung zugewiesen. Der Antrag auf Berufsausbildung innerhalb der Aktion "Jugend am Werk" wurde gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- - -

Geschäftsgruppe V: Gesundheitswesen
=====

16. Dezember (RK) Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte sodann über das Kapitel V, Gesundheitswesen. Er stellt fest, daß die Verwaltung dank einer vernünftigen Zusammenarbeit aller berufenen Faktoren auch im Gesundheitswesen seit den Jahren 1945/46 bedeutend weiter gekommen ist. Die Wiener medizinische Schule hat wieder Weltgeltung erhalten und kann sich in mancher Beziehung selbst mit ähnlichen Verwaltungen in der übrigen an Geld und Glücksgütern reicheren Welt durch us vergleichen lassen.

Das Bettenproblem, das oft Sorge bereitet hat, konnte beseitigt werden. So ist die Bettenzahl bei den Fondskrankenanstalten von 5.800 Betten zu Ende 1946 auf 7.630 Betten zu Ende dieses Jahres gestiegen. Der Bettenstand der Wiener Krankenanstalten betrug 1946 3.700 und wird 1956 4971 Betten betragen. Bei den Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Geisteskranke stieg er von 2.700 auf 3.700 an, in den Altersheimen von 5.500 auf 6.565. Auch in den Lehrlings- und Erziehungsheimen konnte die Bettenzahl gesteigert, in den Obdachlosenheimen dafür aber gesenkt werden. Insgesamt stehen in all diesen Anstalten 28.433 Betten zur Verfügung. Groß ist die zusätzliche Leistung, die auf diesem Gebiet noch von privater und konfessioneller Seite erbracht wird. Die auf diese Art zur Verfügung stehenden Betten machen für Krankenanstalten, Pflegeanstalten für Säuglinge und Kleinkinder, Altersheime, Gesellenheime und Lehrlingsheime insgesamt 6.980 aus. Rund 25 Prozent aller von der Stadt geführten Betten werden also durch konfessionelle und private Institutionen beigelegt. Ihnen soll der herzlichste Dank der Stadtverwaltung ausgesprochen werden. (Beifall bei der ÖVP.) Erfreulich ist, daß in absehbarer Zeit von kirchlicher und auch privater Seite weitere Betten zur Verfügung stehen werden. Im neuen Unfallkrankenhaus werden wir in absehbarer Zeit 250 neue Betten zur Verfügung haben. Besonders zu begrüßen ist, daß die geistlichen Schwestern das orthopädische Spital neu und größer errichten wollen und daß auch das "Haus der Barmherzigkeit" die Absicht hat, einen Neubau zu errichten.

Ebenso zu begrüßen ist der Plan des Bundes auf Errichtung eines Heeresspitals. Zur Schaffung einer Bettenreserve wurde das Rochusspital, eine Abteilung der Baumgartner Höhe und Teile des Franz Josefs-Spitals herangezogen, sodaß eine Bettenreserve von rund 700 Betten besteht.

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigte sich dann mit den einzelnen Gruppen im Bereich des Anstaltenamtes. Es ist bekannt, daß einige Obdachlosenheime aufgelassen werden konnten, und daß es möglich war, einen großen Teil der Obdachlosen in normalen Wohnungen unterzubringen. Leider fällt es auf der anderen Seite oft schwer, Menschen, die obdachlos sind, einfach deshalb abweisen zu müssen, weil es keinen Platz mehr in den Obdachlosenheimen gibt. Der Referent rät deshalb an, Schulen, die aufgelassen werden können, weil nicht mehr genug Kinder da sind, in behelfsmäßige Obdachlosenheime umzuwandeln.

Bei den Krankenanstalten hob Vizebürgermeister Weinberger eine Reihe von Verbesserungen hervor, die im vergangenen Jahr durchgeführt werden konnten. Auch der Zubau des Floridsdorfer Krankenhauses schreitet rüstig weiter.

Zum Problem des Neubaues des Allgemeinen Krankenhauses erklärte der Referent, es erscheine ihm wesentlich, daß es in gemeinsamen Bemühungen gelungen ist, das Interesse des Bundes zu finden. Der Bund hat sich bereit erklärt, die Hälfte der großen Summen, die das neue Krankenhaus kosten wird, bereitzustellen. Mit Rücksicht auf eine vernünftige Gesamtplanung führte Vizebürgermeister Weinberger folgende Punkte als besonders dringend an:

Die Konstituierung eines seitens des Bundes und der Gemeinde Wien bevollmächtigten Komitees.

Die Bestellung von Experten, die in Zusammenarbeit mit dem Bund und der Stadt Wien, aber auch im Einvernehmen mit der Ärzteschaft, die Aufstellung des Programmes übernehmen und die spätere Durchführung des Baues überwachen sollen.

Das Ergebnis dieser Untersuchungen soll als Vorprojekt gelten, das die Grundlage für den beabsichtigten Architektenwettbewerb bildet. Zu diesem Wettbewerb sollten und dürften natürlich nicht nur inländische Architekten, sondern auch alle besonders erfahrenen Fachleute des Auslandes herangezogen werden.

Ausschreibung eines Architekten-Wettbewerbes.

Berufung einer Jury für den Wettbewerb, die auf Vorschlag des bevollmächtigten Komitees zusammengestellt werden soll.

Alle Veröffentlichungen über das Bauvorhaben sollen der Kontrolle des Komitees unterliegen.

Eine weitere dringende Aufgabe bleibt die Errichtung einer modernen Trinkerheilstätte. Der Alkoholismus nimmt in unserer Stadt bedauerlicherweise immer noch zu. Fast 45 Prozent aller Aufnahmen in die Heil- und Pflegeanstalten entfallen auf die Alkoholiker. Der Trinkerfürsorge muß daher in den kommenden Jahren erhöhtes Augenmerk zugewendet werden. Es ist nach wie vor keine Lösung, chronische Alkoholiker in den Heil- und Pflegeanstalten unterzubringen. Nur die Einweisung in geschlossene Anstalten mit Arbeitstherapie wäre eine wirtschaftlich tragbare und unbedingt zu fordernde Maßnahme.

Das Problem der Arbeits- und Sozialmedizin sollte ebenfalls nicht übersehen und mit allen Mitteln gelöst werden. Ebenso müßte der Rheumabekämpfung größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden.

Bei der Besprechung der Infektionskrankheiten hob der Referent hervor, daß es zwar gelungen ist die Tbc-Sterblichkeit in Wien stark herabzudrücken; es wäre jedoch völlig falsch anzunehmen, daß die Gefährlichkeit der Tbc nicht mehr vorhanden sei. Leider kann der moderne Röntgenwagen der Stadt Wien noch immer viel zu wenig eingesetzt werden. Wir sollten uns bemühen für Röntgenreihenuntersuchungen höhere Mittel als bisher freizubekommen.

Bemerkenswert ist bei den übrigen Infektionskrankheiten der markante Rückgang der Diphtherieerkrankungen um weitere 50 Prozent, ferner die extrem niedrige Sterblichkeit an Scharlach und der weitere langsame Rückgang der Darminfektionskrankheiten. Als einzige wichtige Infektionskrankheit mit steigender Tendenz verbleibt bedauerlicherweise die Kinderlähmung. Zur Frage der Poliomyelitis-Schutzimpfung versicherte Vizebürgermeister Weinberger, daß das Gesundheitsamt im gleichen Moment, in dem man sicher sein kann, daß eine Impfung ohne anderweitige Gefährdung unserer Kinder durchgeführt werden kann, alles versuchen wird, den sehr teuren Impfstoff zu verschaffen und zu verwenden.

Der Bericht über die Gesundenuntersuchungen der Krebsfürsorge ergibt die erfreuliche Feststellung, daß sich die seinerzeit leider sehr umstrittene Neueinführung nun schon völlig eingelebt hat. In der Zeit vom 31. Oktober 1950 bis 31. Oktober 1955 wurden insgesamt 28.767 Personen, darunter allein 20.355 Frauen, untersucht. Bei diesen Leuten, die sich vollkommen gesund fühlten, wurden 1.641 geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 58 Prozent wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen.

Zum Kapitel Schwangerenfürsorge sagte Vizebürgermeister Weinberger, es sei unbedingt notwendig, diesen Zweig der Fürsorge weiter auszubauen und zu intensivieren. Ebenso gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, den schulärztlichen Dienst auszubauen. In der Augenzentrale erfolgten heuer 5.454 Untersuchungen. Die Zahl der im Rahmen der Schulzahnpflege untersuchten Kinder betrug bis Ende Oktober 62.141.

Die Sportärztliche Untersuchungsstelle wird auch in diesem Jahr mit einer Steigerung der Zahl der Untersuchungen abschließen.

Bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten ist heuer ein weiterer auffälliger Rückgang an Lueserkranken festzustellen.

Der Referent sprach auch über ein vielfach falsch verstandenes Kapitel, nämlich die Versorgung mit Arzneimitteln und Verbandstoffen. Im laufenden Jahr wurden bisher von der Stadt Wien 41 Millionen Schilling für Medikamente ausgegeben. 1954 waren es 37 Millionen. Wenn nun darüber Klage geführt wird, daß die Kosten für Medicinen immer steigen, dann müsse er darauf hinweisen, daß die Kosten für die Erhaltung der Gesundheit und der Verlängerung des Lebens unserer Mitbürger nicht nur auf diesem Sektor immer noch steigen werden. Wir müssen eben alle modernen Mittel der Gesundheitspflege anschaffen und verwenden. An der Gesundheit kann man und soll man auch nicht ersparen.

Sodann sprach Vizebürgermeister Weinberger über den Volks-tod. Wenn wir das Volkssterben beenden wollen, so führte er aus, dann müssen wir den unverbesserlichen Geschäftemachern unter den Ärzten Einhalt gebieten. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in einem Wiener Sanatorium haben sich sehr ernste Einblicke ergeben.

Aber auch, wenn wir die Verhältnisse in einer unserer Anstalten ansehen, müssen wir mit Schauern feststellen, was hier geschah. In einer einzigen städtischen Anstalt wurden im Verlauf der letzten Jahre mehr Abtreibungen als Geburten vorgenommen. So standen in dieser Anstalt im Jahre 1953 1.531 Geburten 1.914 sogenannte Fehlgeburten und Schwangerschaftsunterbrechungen gegenüber. 1954 gab es dort 1.376 Geburten und 1.298 Fehlgeburten. Erst heuer hat sich diese Situation etwas gebessert. Ich schlage deshalb vor, führte der Referent aus, die Ärztekammer zu ersuchen, wieder eine Kommission aus erfahrenen, aber auch charakterlich völlig einwandfreien Ärzten einzusetzen, die jeden einzelnen Fall einer sogenannten medizinischen Indikation vor Vornahme irgendeines Eingriffes zu überprüfen und ihr Votum abzugeben hat. Wenn dann irgend ein Arzt gegen die Erklärung dieses Kollegiums einen Eingriff vornimmt, dann ist jeder solcher Eingriff ein Mord. Heute sind es oft die gleichen Leute, die in der NS-Zeit stramm standen, alle Befehle entgegennahmen und alles dazu taten, um noch und noch Kinder für ein System zu gewinnen, das am Ende zu einem Krieg und zum Tod führte, heute sind es oft diese gleichen Menschen, die so handeln, als ob sie nicht wüßten, daß wir Kinder für das Leben, für die Arbeit, Kinder für die Freiheit und für den Frieden brauchen.

Der Referent beschäftigt sich dann mit dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, für den im heurigen Jahr aus Kreditmitteln acht Ambulanzwagen angeschafft wurden, deren gute Verwendbarkeit sich für den Krankenbeförderungsdienst gut bewährte. Da im Zusatzprogramm für das heurige Jahr erneut eine größere Summe für verschiedene Inventaranschaffungen bereitgestellt wurde, konnten noch weitere sieben Ambulanzwagen dieser bewährten Ford-Type bestellt werden. Damit sind im Rechnungsjahr 1955 15 alte Ambulanzwagen durch neue ersetzt worden. Seit dem Jahre 1949 wurden 60 Ambulanzwagen ausgetauscht, bzw. erneuert. Die Jahresleistungen des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes werden von Jahr zu Jahr umfangreicher und auch heuer werden wir trotz Rückgabe der Randgemeinden an Niederösterreich die Zahl der Ausfahrten aus dem Vorjahr erreichen und wahrscheinlich noch überschreiten.

Vizebürgermeister Weinberger dankt allen seinen Mitarbeitern, sowohl den verantwortlichen Leitern der einzelnen Magistratsabteilungen, als auch den verantwortlichen Leitern aller Anstalten und Heime für ihre gewissenhafte Pflichterfüllung. Er dankt auch den Ärzten und den Schwestern. Es gibt noch immer viele, sagt er, die nicht entsprechend bezahlt sind, und er würde sich freuen, wenn vor allem das leidige Problem der Gastärzte und der Stipendisten endlich in einer großzügigen und für alle Teile erträglichen Weise gelöst werden könnte. Folgende Lösung dieser Fragen scheint ihm am gangbarsten:

1. Die Wartezeit der Gastärzte auf höchstens zwei Jahre beschränken, so daß alle jene, die eine längere Wartezeit derzeit bis zu 4 1/2 Jahren aufweisen, über den systemisierten Stand als Sekundärärzte aufgenommen werden sollen. Derzeit würden ungefähr 200 Gastärzte unter diese Regelung fallen. Diese Maßnahme würde sich allmählich von selbst wieder abbauen, da ja in nicht allzu ferner Zeit mit einem allmählichen Nachlassen des Nachwuchses gerechnet werden kann.

2. Das Stipendium für die verbleibenden Gastärzte von derzeit 750 Schilling auf Schilling 1.000 bis 1.200 zu erhöhen.

3. Es soll ein Weg gefunden werden, daß dieses Stipendium allen noch verbleibenden Gastärzten zuerkannt wird.

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnet er es als unerlässlich, für unsere Schwestern bessere Entlohnungsmöglichkeiten zu schaffen und ihnen zugleich auch ein ordentliches Heim zu sichern. Er sei sich bewußt, daß es nicht einfach ist, dieses Problem zu lösen. Er halte es aber für unmöglich, daß wir weiter zusehen, wie Schwestern ohne wirkliche Wohnung sogar in Bahnhofshallen nächtigen müssen, um dann am nächsten Tag bei schwerkranken Menschen Dienst zu tun.

Die Stadt Wien besitzt insgesamt sechs Krankenpflegeschulen, darunter zwei für Säuglings- und Kinderpflege. Sie werden durchwegs von bestqualifizierten und außerordentlich bewährten Schullehrerinnen geleitet. Auch die Lehrschwestern und alle anderen an der Ausbildung Beteiligten, vor allem die Ärzte, haben ein großes Verdienst an der Schulung und Weiterbildung unserer Schwesternschaft. Der Referent stellt aber zu seinem Bedauern fest, daß in den letzten Jahren ein merklicher Rückgang des Interesses für den

Beruf der Krankenschwestern eingetreten ist.

Abschließend dankt der Referent auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses V. Er ist der Überzeugung, daß dieser Ausschuß gut und reibungslos funktionierte. Den Gemeinderat bittet er um eine offene, ehrliche und objektive Stellungnahme zu seinem Referat. Man solle kritisieren, aber immer sachlich bleiben und nicht vergessen: Die Aufgaben unserer Stadt sind vielfältig und noch immer riesengroß. Sie werden auch in den nächsten Jahren kaum geringer sein. Jede einzelne Verwaltungsgruppe kann nur einen Teil der Steuergelder unseres Volkes zur Verfügung erhalten. Er wisse, daß das Budget seiner Verwaltungsgruppe den Säckel der Stadt arg belastet, auch, daß der Abgang in seiner Verwaltungsgruppe rund 250 Millionen Schilling beträgt. Die Gesundheit ist aber neben der Freiheit das höchste Gut, das Menschen überhaupt besitzen. Wenn wir an der Gesundheit der Menschen Anteil haben, sagte er, dann haben wir an einem Werte teil, den eine Stadt wie Wien gar nicht hoch genug einschätzen kann. Wir sagen ja immer, daß wir gesunde Menschen in einer gesunden Stadt haben wollen. Das geht nicht von selbst. Darüber muß gewacht werden, dafür muß Sorge getragen werden. Darum ist jeder Schilling, der vernünftigerweise für die Erhaltung der Gesundheit ausgegeben wird, bestens angewandt. Er bittet den Gemeinderat um Zustimmung zu den Ansätzen seiner Verwaltungsgruppe.

Vorsitzender GR. Mazur unterbricht nach 19 Uhr die Beratungen, die morgen Samstag mit der Debatte zum Kapitel Gesundheitswesen fortgesetzt werden.

- - -